

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort .....	V
Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	XIII
Verzeichnis der Autoren .....	LXV
Abkürzungsverzeichnis .....	LXVII
Abbildungsverzeichnis .....	LXXVII

## Einleitung

### Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke/Michel)

		1
1.	<i>Motive und Hintergrund</i> .....	1
2.	<i>Anforderungen an die DStV-Fachberater (allgemein).</i> . . .	3
2.1	Theoretische Kenntnisse .....	3
2.1.1	Lehrgang .....	3
2.1.2	Klausuren .....	3
2.2	Praktische Erfahrungen .....	3
2.3	Verfahren zur Verleihung von Fachberater- bezeichnungen (DStV e.V.) .....	4
2.3.1	Zuständigkeiten .....	4
2.3.2	Anträge .....	4
2.3.3	Durchführung von Fachgesprächen .....	5
2.3.4	Kontinuierliche Fortbildung und Erlöschen der Befugnis zum Führen der Bezeichnung .....	5
3.	<i>Anerkennung der DStV-Fachberater durch die Rechtsprechung</i> .....	6
4.	<i>Zahlenmäßige Entwicklung und Ausblick</i> .....	8

## Teil 1

### Unternehmenskrise und außergerichtliche Sanierung

		9
<b>Kapitel 1</b>	<b>Unternehmenskrise (Reinhardt)</b> .....	11
1.	<i>Der Steuerberater als Berater in der Unternehmenskrise</i> .	11

XV

1.1	Krisenberatung als Teil der betriebswirtschaftlichen Beratung. . . . .	11
1.2	Anforderungen an Steuerberater in der Krisenberatung .	12
2.	<i>Der Krisenbegriff</i> . . . . .	13
2.1	Der Krisenbegriff aus betriebswirtschaftlicher Sicht. . . .	13
2.2	Der Krisenbegriff aus rechtlicher Sicht . . . . .	14
3.	<i>Bedeutung der Krisenberatung für die Steuerberatungspraxis</i> . . . . .	15
3.1	Bedeutung vor dem Hintergrund der Insolvenzstatistik. .	15
3.2	„Normalität“ krisenhafter Entwicklungen in Unternehmen. . . . .	18
3.3	Hinweis- und Aufklärungspflichten in der Unternehmenskrise. . . . .	21
4.	<i>Typologie der Unternehmenskrise</i> . . . . .	26
4.1	Verlauf und Wahrnehmung einer Unternehmenskrise. . .	26
4.2	Ursachen einer Unternehmenskrise . . . . .	34
5.	<i>Krisenfrüherkennung im Umfeld der Steuerberatung</i> . . .	38
5.1	Generelle Bedeutung der Krisenfrüherkennung. . . . .	38
5.2	Möglichkeiten zur Krisenfrüherkennung durch Steuerberater. . . . .	43
5.3	Krisenfrüherkennung durch Kredit- und Finanzierungsinstitute. . . . .	49
<b>Kapitel 2</b>	<b>Krisenbewältigung (Lambrecht)</b> . . . . .	53
1.	<i>Außergerichtliche Sanierung</i> . . . . .	53
1.1	Sanierungsfähigkeit . . . . .	54
1.2	Vor- und Nachteile einer außergerichtlichen Sanierung . .	55
1.3	Ablauf der Sanierung . . . . .	60
1.3.1	Lagefeststellung und Lagebeurteilung. . . . .	61
1.3.1.1	Schaffung einer Datenbasis und Plausibilisierung der Zahlen . . . . .	61
1.3.1.2	Finanzwirtschaftliche Analyse . . . . .	62
1.3.1.3	Erfolgswirtschaftliche Analyse. . . . .	65
1.3.1.4	Branchenvergleich . . . . .	66
1.3.1.5	Mitarbeiterbefragungen . . . . .	66
1.3.1.6	SWOT-Analyse . . . . .	67
1.3.1.7	Portfolio-Analyse. . . . .	68
1.3.1.8	Szenariotechnik. . . . .	70
1.3.1.9	Zero-Base-Budgeting . . . . .	71
1.3.1.10	Analyse des Unternehmensumfeldes . . . . .	72
1.3.2	Planung und Entschluss. . . . .	72
1.3.2.1	Sicherung der Liquidität. . . . .	73
1.3.2.2	Stabilisierung und Verbesserung der Ergebnissituation . .	79
1.3.2.3	Beseitigung der Produkt- und Absatzkrise, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. . . . .	80
1.3.3	Handlungsanweisungen. . . . .	81
1.3.4	Kontrolle. . . . .	81

1.4	Kommunikation in der Krise .....	81
2.	<i>Gerichtliche Sanierung</i> .....	82
<b>Kapitel 3</b>	<b>Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung</b>	
	<i>(Lambrecht)</i> .....	86
1.	<i>Vorbemerkung</i> .....	86
2.	<i>Leistungswirtschaftliche Maßnahmen</i> .....	87
2.1	Management .....	88
2.1.1	Personelle Veränderungen im Management .....	89
2.1.2	Strukturelle und operative Veränderungen im Management .....	90
2.1.3	Neue Organisationsstruktur des Unternehmens .....	90
2.2	Kosten .....	91
2.2.1	Einkauf, Materialwirtschaft .....	91
2.2.1.1	Einkaufspreis .....	92
2.2.1.2	Auswahl des richtigen Lieferanten .....	92
2.2.1.3	Normierung der Produkte .....	93
2.2.1.4	Just-in-Time/Verringerung der Lagerbestände .....	93
2.2.2	Prozesse .....	94
2.2.2.1	Prozessorganisation .....	94
2.2.2.2	Zeitmanagement .....	96
2.2.2.3	„Lean Management“ .....	96
2.2.3	Qualitätskosten .....	97
2.2.4	Vertrieb .....	97
2.2.5	Outsourcing .....	98
2.2.6	Ergänzende Ausführungen zum Problem der Fixkosten ..	100
2.3	Arbeitnehmer .....	101
2.3.1	Personalstruktur .....	102
2.3.2	Effizienzsteigerung beim Personal .....	102
2.3.3	Personalabbau .....	103
2.3.4	Kosten des Personalabbaus .....	105
2.4	Produkt .....	106
2.4.1	Image als Mehrwert .....	106
2.4.2	Produktstückkosten .....	107
2.4.3	Deckungsbeitragsrechnung .....	108
2.5	Kunden .....	110
2.6	Umsatz .....	111
2.6.1	Sortimentsausweitung .....	112
2.6.2	Preiserhöhung oder Preissenkung? .....	112
3.	<i>Finanzwirtschaftliche Maßnahmen</i> .....	112
3.1	Analyse der Finanzsituation .....	113
3.2	Sanierungsbeiträge einzelner Beteiligter .....	114
3.2.1	Anteilseigner .....	114
3.2.2	Banken .....	115
3.2.3	Lieferanten .....	117
3.2.4	Finanzverwaltung .....	118
3.2.5	Kunden .....	119

3.3	Finanzierung in der Krise .....	119
3.3.1	Eigenkapital. ....	120
3.3.1.1	Kapitalherabsetzung .....	120
3.3.1.2	Kapitalerhöhung .....	121
3.3.1.3	Debt-Equity-Swap. ....	121
3.3.2	Mezzanine-Kapital .....	122
3.3.3	Fremdkapital .....	123
3.3.3.1	Neufinanzierung .....	124
3.3.3.2	Besicherung von Krediten .....	124
3.3.4	Liquidation von Vermögenswerten .....	125
4.	Strategische Maßnahmen. ....	126
5.	Übertragung auf eine Auffanggesellschaft .....	126
<b>Kapitel 4</b>	<b>Das Sanierungskonzept nach IDW S 6</b>	
	(Reinhardt/Lambrecht) .....	128
1.	Rechtliche Anforderungen an Sanierungskonzepte .....	128
2.	Inhalt .....	131
3.	Auswirkungen auf die Praxis. ....	135
4.	Kritik. ....	136
Teil 2		
	<b>Materielles Insolvenzrecht</b>	139
<b>Kapitel 1</b>	<b>Insolvenzgründe (Schmid).</b> .....	141
1.	Einführung .....	141
2.	Zahlungsunfähigkeit. ....	142
2.1	Gesetzliche Definition .....	142
2.2	Zahlungseinstellung als widerlegbare Vermutung für Zahlungsunfähigkeit. ....	143
2.3	Einzelne Merkmale der Zahlungsunfähigkeit .....	145
2.3.1	Dauer der Zahlungsunfähigkeit – Abgrenzung zur Zahlungsstockung. ....	145
2.3.2	Größe der relevanten Liquiditätslücke .....	146
2.4	Konkrete Prüfung der Zahlungsunfähigkeit .....	150
2.4.1	Ermittlung durch Finanzstatus und Liquiditätsplan .....	151
2.4.2	Aufstellung des Finanzstatus. ....	152
2.4.2.1	Zu berücksichtigende liquide Mittel .....	152
2.4.2.2	Im Finanzstatus zu berücksichtigende Zahlungsverpflichtungen .....	153
2.4.2.3	Verbundene Unternehmen und Cashpooling. ....	156
2.4.2.3.1	Beherrschte und beherrschende Unternehmen. ....	156
2.4.2.3.2	Cashpooling. ....	157
2.4.2.4	Ergebnis des Finanzstatus .....	157
2.4.2.5	Ableitung des Finanzplanes. ....	158
2.4.3	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsprozess .....	160

3.	<i>Überschuldung</i> .....	162
3.1	Übersicht .....	162
3.2	Historie .....	163
3.3	Von der Unterbilanz zur insolvenzrechtlichen Überschuldung .....	164
3.3.1	Unterbilanz. ....	164
3.3.2	(Handels-)bilanzielle Überschuldung .....	166
3.3.3	Rechnerische Überschuldung. ....	166
3.3.4	Rechtliche Überschuldung .....	166
3.4	Methoden zur Feststellung einer rechtlichen Überschuldung .....	167
3.4.1	Rechtslage ab dem 18.10.2008. ....	167
3.4.2	Funktionsweise der modifizierten oder „neuen zwei- stufigen“ Methode .....	167
3.4.3	„Alternativer“ zweistufiger Überschuldungsbegriff .....	169
3.4.4	Erstellung der Fortbestehensprognose .....	170
3.4.5	Geschäftsleiterpflichten im Rahmen der Über- schuldungsprüfung .....	172
3.4.6	Ansatz und Bewertung in der Überschuldungsbilanz ...	174
3.4.6.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze .....	174
3.4.6.2	Ansatz und Bewertung von Aktivposten im Über- schuldungsstatus .....	176
3.4.6.3	Ansatz und Bewertung von Passivposten in der Über- schuldungsbilanz .....	182
3.4.7	Stichtag und Gliederung .....	189
4.	<i>Drohende Zahlungsunfähigkeit</i> .....	189
4.1	Übersicht .....	189
4.2	Zielsetzung .....	190
4.3	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit. ....	191
4.3.1	Prognosezeitraum .....	191
4.3.2	Wahrscheinlichkeitsmaßstab .....	191
4.3.3	Einzubeziehende Zahlungsverpflichtungen .....	192
4.4	Abgrenzung zur Überschuldung .....	193
<b>Kapitel 2</b>	<b>Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters (<i>Suikat</i>) ..</b>	<b>194</b>
1.	<i>Allgemeines</i> .....	194
1.1	Normzweck .....	195
1.2	Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters .....	195
1.3	Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses .....	197
1.4	Aufsicht durch das Insolvenzgericht .....	199
1.5	Zwangsbefugnisse .....	199
1.6	Beendigung der vorläufigen Verwaltung .....	201
1.7	Haftung .....	202
1.8	Vergütung .....	203
1.9	Rechnungslegung .....	203
1.10	Steuerrechtliche Pflichten .....	204
2.	<i>Der vorläufige Verwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis</i> .....	204

2.1	Allgemeines . . . . .	204
2.2	Zustimmungsvorbehalt . . . . .	205
2.3	Begründung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	206
2.4	Bestimmung der Rechte und Pflichten im Einzelfall . . . . .	206
3.	<i>Der vorläufige Verwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis . . . . .</i>	207
3.1	Allgemeines . . . . .	207
3.2	Betriebsfortführung . . . . .	209
<b>Kapitel 3</b>	<b>Das Amt des Insolvenzverwalters (<i>StreuBer</i>) . . . . .</b>	211
1.	<i>Amt und Beruf . . . . .</i>	211
1.1	Amt . . . . .	212
1.1.1	Bestellungsakt, Verlautbarung und Geltungsanspruch . . . . .	212
1.1.2	Nominierung, Amtsstellung und Theoriendiskurs . . . . .	214
1.1.3	Ein-Personen-Prinzip und Konzerninsolvenz . . . . .	216
1.2	Beruf . . . . .	217
1.2.1	Berufsbild unter Grundrechtsschutz . . . . .	218
1.2.2	Treuhandtätigkeit und Recht der freien Berufe . . . . .	218
1.2.3	Vermögensverwaltung im Lichte der Einkünftequalifikation . . . . .	219
1.2.4	Leitbild der Insolvenzverwaltung nach jüngerer Auffassung des BFH . . . . .	222
1.2.5	Ausbildung eines Anforderungsprofils . . . . .	224
2.	<i>Voraussetzungen des Amtes . . . . .</i>	225
2.1	Natürliche Person . . . . .	225
2.2	Eignung zum Insolvenzverwalter . . . . .	226
2.2.1	Persönliche Voraussetzungen . . . . .	226
2.2.2	Geschäftskundigkeit und persönliche Erreichbarkeit . . . . .	227
2.2.3	Unabhängigkeit . . . . .	228
2.3	Integrität und Sachlichkeit in der Amtsführung . . . . .	230
3.	<i>Auswahlentscheidung des Insolvenzgerichts . . . . .</i>	231
3.1	Kreis geeigneter und bereiter Kandidaten . . . . .	232
3.2	Offenheit von Vorauswahllisten . . . . .	233
3.3	Rechtsschutz wegen Nichtberücksichtigung . . . . .	234
3.4	Einfluss der Gläubiger auf die Verwalterbestellung . . . . .	237
4.	<i>Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung . . . . .</i>	240
4.1	Ab- und Neuwahl, Abberufung sowie Neubestellung . . . . .	240
4.2	Rechtsbehelfe . . . . .	241
5.	<i>Aufgaben und Pflichten . . . . .</i>	243
5.1	Katalog typischer Aufgaben . . . . .	243
5.2	Massesicherung und Vertragsmanagement . . . . .	245
5.3	Bankkontenmanagement und Widerruf von Lastschriften . . . . .	246
5.4	Erfüllung der Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten . . . . .	247
5.5	Beobachtung weiterer öffentlich-rechtlicher Pflichten . . . . .	247
6.	<i>Sonderinsolvenzverwalter . . . . .</i>	249
6.1	Berufungsgründe . . . . .	249

6.2	Antrags- und Beschwerderecht . . . . .	250
7.	<i>Aufsicht über den Insolvenzverwalter</i> . . . . .	252
7.1	Aufsichtskompetenzen . . . . .	252
7.2	Aufsichtsmaßnahmen des Insolvenzgerichts . . . . .	253
8.	<i>Entlassung des Insolvenzverwalters und Beendigung des Amtes.</i> . . . . .	255
8.1	Initiierung der Entlassungsentscheidung . . . . .	255
8.2	Wichtiger Grund . . . . .	255
8.3	Anhörung, Entscheidung und Rechtsfolgen . . . . .	257
9.	<i>Haftung des Insolvenzverwalters</i> . . . . .	258.
9.1	Haftung gegenüber den Verfahrensbeteiligten . . . . .	259
9.2	Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten . . . . .	259
9.2.1	Sorgfaltsmaßstab in der Amtsführung . . . . .	260
9.2.2	Pflichtenkreise . . . . .	261
9.3	Haftung wegen Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten nach § 61 InsO . . . . .	264
9.4	Kausalität, Verschulden und Schaden . . . . .	268
9.5	Verjährung und Prozessuales . . . . .	269
10.	<i>Vergütung des Insolvenzverwalters</i> . . . . .	270
<b>Kapitel 4</b>	<b>Sicherung und Verwaltung der Masse (Streußer)</b> . . . . .	274
1.	<i>Insolvenzmasse</i> . . . . .	274
1.1	Ist-Masse . . . . .	274
1.1.1	Beschlagnahmefähige Vermögenspositionen . . . . .	275
1.1.2	Gerichtszuständigkeit . . . . .	279
1.2	Soll-Masse . . . . .	280
1.3	Neuerwerb . . . . .	282
2.	<i>Sicherung der Insolvenzmasse</i> . . . . .	285
2.1	Inbesitznahme . . . . .	285
2.2	Schutz vor Fremdzugriff und Siegelung . . . . .	286
2.3	Eintragung von Insolvenzvermerken und Abgabe von Erklärungen . . . . .	287
2.4	Forderungseinzug und Lastschriften . . . . .	287
2.5	Auskünfte, Postsperrung und Mitwirkungshandlungen . . . . .	291
2.6	Grenzüberschreitende Befugnisse . . . . .	293
2.7	Zwangmaßnahmen und Rechtsbehelfe . . . . .	293
2.8	Herausgabeverlangen gegenüber Dritten . . . . .	295
3.	<i>Verwaltung der Insolvenzmasse</i> . . . . .	297
3.1	Verwahrung . . . . .	297
3.2	Verzeichnis der Massegegenstände . . . . .	298
3.3	Bewertung der Massegegenstände . . . . .	300
3.4	Gläubigerverzeichnis . . . . .	301
3.5	Vermögenverzeichnis . . . . .	302
4.	<i>Freigabe</i> . . . . .	304
4.1	Legitimation und Gegenstand der Freigabe . . . . .	304
4.2	Freigabe zur Vermeidung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	306

4.3	Rechtsfolgen der Freigabe .....	307
4.4	Modifikation der Freigabe .....	309
4.5	Korrekturbefugnis der Gläubigergemeinschaft und Veröffentlichung .....	310
4.6	Freigabeerklärung .....	311
5.	<i>Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen</i> .....	312
5.1	Aufnahme von Aktivprozessen durch den Insolvenzverwalter .....	313
5.2	Aktivprozessaufnahme durch Schuldner oder Gegner ..	314
5.3	Passivprozesse .....	315
6.	<i>Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung</i> .....	316
7.	<i>Zwischen- und Schlussrechnung</i> .....	319
<b>Kapitel 5</b>	<b>Aussonderung (Smid/Gramsche)</b> .....	322
1.	<i>Geltendmachung massefremder Rechte: Die Aussonderung</i> .....	322
1.1	Funktion des Aussonderungsrechts .....	322
1.2	Übersicht über die einzelnen Aussonderungsrechte ..	323
1.2.1	Allgemeines .....	323
1.2.2	Beispiele .....	324
2.	<i>Schuldrechtliche Aussonderungsansprüche</i> .....	325
3.	<i>Kommissionsgeschäfte</i> .....	326
4.	<i>Treuhandverhältnisse</i> .....	327
4.1	Übersicht .....	327
4.2	Aussonderungsanspruch des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers .....	331
5.	<i>Dingliche Aussonderungsansprüche</i> .....	331
5.1	Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen ..	331
5.2	Einfacher Eigentumsvorbehalt .....	332
5.2.1	Dogmatische Begründung .....	332
5.3	Ansatz des BGH .....	333
5.3.1	Bindungswirkung des § 107 Abs. 2 InsO .....	335
5.4	Erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt .....	336
<b>Kapitel 6</b>	<b>Absonderung (Smid/Gramsche)</b> .....	338
1.	<i>Abgesonderte Befriedigung gesicherter Gläubiger</i> .....	338
1.1	Funktion der Absonderung .....	338
1.2	Die einzelnen Absonderungsrechte .....	338
1.2.1	Pfandrechte .....	339
1.2.1.1	Grundpfandgläubiger (§ 49 InsO) .....	339
1.2.1.2	Rechtsgeschäftliches, Pfändungspfandrecht und gesetzliches Pfandrecht (§ 50 InsO) .....	339
1.2.1.3	Exkurs – Pfändung des Anspruchs des Schuldners auf Aufhebung der Gemeinschaft .....	340
1.2.1.4	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO) .....	341
1.2.2	Sicherungseigentum .....	342
1.2.2.1	Allgemeines .....	342



1.2.2.2	Sicherungseigentum als besitzloses Pfandrecht . . . . .	342
1.2.2.3	Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	343
1.2.2.4	Sicherungseigentum – BGB vs. InsO . . . . .	345
1.2.2.5	Die Sicherungsabrede . . . . .	347
1.2.2.6	Erwerb des Sicherungseigentums . . . . .	347
1.2.2.7	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren und in der Einzelzwangsvollstreckung . . . . .	348
1.2.2.7.1	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren . . . . .	348
1.2.2.7.2	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung. . . . .	349
1.2.2.7.2.1	Die herrschende Meinung . . . . .	349
1.2.2.7.2.2	Andere Ansicht in der Literatur . . . . .	350
1.2.2.7.2.3	Fazit . . . . .	350
2.	<i>Verwertung des Absonderungsgutes.</i> . . . .	351
2.1	Allgemeines . . . . .	351
2.2	Verwertung (grundpfandrechtsbelasteter) unbeweg- licher Sachen . . . . .	352
2.2.1	Allgemeines . . . . .	352
2.2.2	Vorrecht der WEG-Gemeinschaft nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG. . . . .	354
2.2.3	Zubehörhaftung. . . . .	355
2.3	Nutzung und Verwertung beweglichen Sicherungsgutes. .	357
2.3.1	Verwertungsbefugnis . . . . .	358
2.3.1.1	Verwertungsbefugnis . . . . .	359
2.3.1.2	Veräußerung durch Insolvenzverwalter . . . . .	361
2.3.1.3	Einziehung durch Dritte . . . . .	362
2.3.1.4	Verwertungserlös bei Freigabe . . . . .	363
2.3.1.5	Ersatzabsonderung . . . . .	363
2.3.1.6	Verwertung durch Gebrauch des Nutzungspotentials. . . .	364
2.3.1.7	Schutz vor Verwertungsverzögerungen . . . . .	365
3.	<i>Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösauskehr.</i> . . . .	366
3.1	Verfahrenskostenbeiträge der gesicherten Mobiliar- pfandgläubiger . . . . .	367
3.2	Kompensation entstandener Kosten . . . . .	370
4.	<i>Die Massezugehörigkeit sicherungszedierter Forderungen.</i> . . . .	370
4.1	Sicherungspool . . . . .	370
4.2	Reichweite zulässiger Verfügungen über das publizitätslose Pfandrecht. . . . .	372
4.2.1	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz. . . . .	374
4.2.2	Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszessionar? . . . . .	375
4.3	Abkehr von der „Sicherheitenpoolentscheidung“? . . . . .	376
<b>Kapitel 7</b>	<b>Aufrechnung (Smid/Gramsch)</b> . . . . .	378
1.	Die Grundnorm des § 94 InsO. . . . .	378

2.	<i>Reichweite und Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Insolvenzverfahren</i> . . . . .	380
2.1	Eintritt der Aufrechnungslage im Insolvenzverfahren (§ 95 InsO) . . . . .	380
2.1.1	Gegenforderung noch nicht fällig . . . . .	380
2.1.2	Aufschiebend bedingte Forderungen . . . . .	381
2.1.3	Fehlende Gleichartigkeit . . . . .	382
2.2	Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Verfahren . . . . .	382
2.2.1	Allgemeine Aufrechnungsverbote . . . . .	382
2.2.2	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote aus § 96 InsO. . . . .	382
2.2.2.1	Gegenseitigkeit entsteht nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO) . . . . .	383
2.2.2.2	Erwerb der Gegenforderung nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO) . . . . .	383
2.2.2.3	Erwerb der Gegenforderung durch anfechtbare Rechtshandlung (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO) . . . . .	384
2.2.2.4	Gegenforderung gegen das freie Vermögen des Schuldners (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO) . . . . .	386
2.2.2.5	Privilegierung der Inter-Bankenverrechnung (§ 96 Abs. 2 InsO) . . . . .	387
2.3	Unwirksamkeit von Konzernverrechnungsklauseln . . . . .	387
<b>Kapitel 8</b>	<b>Abwicklung von Vertragsverhältnissen (Smid/Gramsch)</b> . . . . .	388
1.	<i>Grundlagen des Insolvenzvertragsrechts der §§ 103 ff. InsO</i> . . . . .	388
1.1	Allgemeines . . . . .	388
1.2	Dogmatische Grundlagen . . . . .	389
1.3	Kein „alles oder nichts“ bei teilbaren Leistungen (§ 105 InsO) . . . . .	391
1.3.1	Normzweck des § 105 InsO . . . . .	391
1.3.2	Anwendungsbereich von § 105 Satz 1 InsO . . . . .	392
1.3.3	Anwendungsbereich von § 105 Satz 2 InsO . . . . .	394
1.4	Unabdingbarkeit der §§ 103–118 InsO . . . . .	395
2.	<i>Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO.</i> . . . . .	395
2.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 103 InsO . . . . .	396
2.1.1	Gegenseitiger Vertrag . . . . .	396
2.1.1.1	Verträge im Synallagma . . . . .	396
2.1.1.2	Verträge ohne Synallagma . . . . .	397
2.1.2	Nicht vollständig erfüllt . . . . .	397
2.2	Ausübung des Wahlrechts durch den Insolvenzverwalter . . . . .	398
2.2.1	Entstehung und Grenzen des Wahlrechts . . . . .	398
2.2.2	Erfüllungswahl als Willenserklärung . . . . .	399
2.2.3	Befugnis des anderen Teils . . . . .	403
2.2.3.1	Aufforderung zur Erklärung . . . . .	403
2.2.3.2	Folgen des Schweigens des Verwalters: Kein Wiederaufleben von Erfüllungsansprüchen . . . . .	404
2.3	Rechtsfolgen der Wahlrechtsausübung . . . . .	405

2.3.1	Erfüllungswahl. ....	405
2.3.1.1	Aufrechnung . . . . .	405
2.3.1.2	Pfändung, Abtretung. ....	406
2.3.1.3	Teilleistungen. ....	407
2.3.1.3.1	Teilweise Vorleistung des Schuldners. ....	407
2.3.1.3.2	Teilweise Vorleistung des Gläubigers. ....	407
2.3.1.3.3	Umfang. ....	408
2.3.2	Nichterfüllungswahl . . . . .	408
2.3.2.1	Schadensersatzanspruch des anderen Teils (§ 103 Abs. 2 Satz 1 InsO) . . . . .	408
2.3.2.2	Anmeldung zur Tabelle. ....	409
2.3.2.3	Umfang des Schadensersatzanspruchs . . . . .	409
2.3.3	Erfüllungsanspruch gegen den Schuldner nach Abschluss des Verfahrens. ....	410
3.	<i>Sonderregelungen für Fixgeschäfte und Finanz-</i> <i>leistungen (§ 104 InsO). ....</i>	410
3.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 1 InsO – Fixgeschäfte . . . . .	411
3.2	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 2 InsO – Finanzleistungen . . . . .	411
3.3	Rechtsfolgen. ....	411
4.	<i>Sonderregelungen bei vorgemerkten Ansprüchen</i> <i>(§ 106 InsO) . . . . .</i>	412
4.1	Tatbestandliche Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 InsO. ....	412
4.1.1	Gesicherter Anspruch. ....	412
4.1.2	Eintragung der Vormerkung . . . . .	413
4.1.3	Vormerkungsgleiche Sicherungen. ....	414
4.1.3.1	Vorkaufsrechte. ....	414
4.1.3.2	Hypothekengläubiger. ....	415
4.2	Regelung des § 106 Abs. 1 Satz 2 InsO . . . . .	416
5.	<i>Sonderregelungen bei unter Eigentumsvorbehalt</i> <i>abgeschlossenen Verträgen (§ 107 InsO) . . . . .</i>	417
5.1	Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers (§ 107 Abs. 1 InsO) . . . . .	417
5.2	Insolvenz des Vorbehaltskäufers (§ 107 Abs. 2 InsO) . . . . .	417
6.	<i>Sonderregelungen bei Dauerschuldverhältnissen, Miete,</i> <i>Pacht, Darlehen, Dienstverhältnis (§§ 108–112 InsO) . . . . .</i>	418
6.1	Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	418
6.1.1	Allgemeines . . . . .	418
6.1.2	Einzelne Schuldverhältnisse. ....	420
6.1.2.1	Miet- und Pachtverträge über unbewegliche Gegen- stände und Räume. ....	420
6.1.2.2	Dienstverhältnisse (§ 108 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO) . . . . .	420
6.1.2.3	Finanzierte Verträge über sonstige Gegenstände (§ 108 Abs. 1 Satz 2 InsO) . . . . .	421
6.1.2.4	Darlehensverträge (§ 108 Abs. 2 InsO) . . . . .	422
6.2	Rechtsfolgen der §§ 108–112 InsO . . . . .	422
6.2.1	Fortbestand nach § 108 Abs. 1 InsO . . . . .	422

6.2.1.1	Miet-, Pacht- und Leasingverträge .....	423
6.2.1.1.1	Insolvenz des Vermieters bzw. Verpächters.....	423
6.2.1.1.2	Insolvenz des Leasinggebers .....	423
6.2.1.1.3	Insolvenz des Mieters bzw. Pächters .....	424
6.2.1.2	Dienstverträge .....	425
6.2.2	Ansprüche für die Zeit vor Verfahrenseröffnung (§ 108 Abs. 3 InsO) .....	425
6.3	Unabdingbarkeit .....	426
7.	<i>Sonstige Verträge</i> .....	426
<b>Kapitel 9</b>	<b>Verwertung und Verteilung der Masse (<i>Smid</i>)</b> .....	429
1.	<i>Verwertung der Insolvenzmasse</i> .....	429
1.1	Pflicht des Verwalters zur Verwertung der Masse .....	429
1.2	Ermessen des Verwalters bei der Wahl der Verwertungsform. ....	429
1.3	Verwertungsentscheidung der Gläubigerversammlung und insolvenzgerichtliche Kontrolle .....	430
1.4	Formen der Masseverwertung.....	431
1.5	Gewährleistung .....	431
1.6	Verbot spekulativer Maßnahmen .....	432
2.	<i>Verteilung der Teilungsmasse an die Gläubiger</i> .....	432
2.1	Schlussverteilung .....	433
2.1.1	Teilungsmasse .....	433
2.1.2	Allgemeine Regelungen.....	433
2.1.3	Zustimmung zur Schlussverteilung.....	434
2.2	Zuständigkeit. ....	435
2.3	Abschlagsverteilungen .....	436
2.4	Verteilungsverzeichnis .....	436
2.5	Berücksichtigung bestrittener Forderungen .....	437
2.6	Berücksichtigung der Ausfallforderung abson- derungsberechtigter Gläubiger .....	438
2.6.1	Besitzpfandgläubiger .....	438
2.6.2	Absonderungsberechtigte Gläubiger in Fällen des § 166 InsO.....	439
2.7	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen ..	439
2.8	Berücksichtigung solcher Gläubiger, die nachträglich die Voraussetzungen ihrer Berücksichtigungsfähigkeit nachweisen .....	439
<b>Kapitel 10</b>	<b>Insolvenzgläubiger (<i>Streuber</i>)</b> .....	440
1.	<i>Gläubigergruppen</i> .....	440
1.1	Einfache nicht nachrangige Insolvenzgläubiger .....	440
1.1.1	Persönlicher Anspruch .....	441
1.1.2	Vermögensbezogener Anspruch .....	441
1.1.3	Begründetheit des Anspruchs .....	442
1.1.4	Mithaftungs- und Rückgriffsansprüche .....	443
1.1.5	Gesellschaftergesicherte Ansprüche.....	443
1.1.6	Öffentlich-rechtliche Ansprüche .....	444

1.1.7	Rechtsgrund und Gläubigergleichbehandlung .....	445
1.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger .....	446
1.3	Absonderungsberechtigte Gläubiger .....	448
1.4	Aussonderungsberechtigte Gläubiger .....	450
1.5	Massegläubiger .....	451
2.	<i>Anspruchsverfolgung im Insolvenzverfahren.</i> .....	453
2.1	Forderungsanmeldung .....	453
2.1.1	Aufforderung zur Forderungsanmeldung .....	454
2.1.2	Form und Inhalt der Forderungsanmeldung .....	454
2.1.3	Wirkungen der Forderungsanmeldung .....	456
2.1.4	Anmeldefrist und Insolvenztabelle .....	458
2.2	Prüfungstermin .....	459
2.2.1	Prüfungsumfang .....	459
2.2.2	Prüfungsergebnis .....	460
2.2.3	Rechtsfolgen des Tabelleneintrags .....	461
2.3	Widerspruch gegen angemeldete Ansprüche .....	461
2.3.1	„Vorläufiges“ Bestreiten .....	462
2.3.2	Bestreiten als Masseverwaltung .....	462
2.3.3	Rechtsfolgen des Widerspruchs .....	463
2.4	Forderungsfeststellungsprozess .....	464
2.5	Widerspruch des Insolvenzschuldners .....	466
2.6	Verfolgung des Rechts auf abgesonderte Befriedigung ..	469
3.	<i>Gläubigerversammlung und (vorläufiger) Gläubiger-</i> <i>ausschuss</i> .....	471
3.1	Gläubigerversammlung .....	472
3.1.1	Aufgaben .....	472
3.1.2	Teilnahmerecht und Einberufung .....	473
3.1.3	Versammlungsleitung .....	475
3.1.4	Abstimmung .....	475
3.1.5	Aufhebung eines Beschlusses .....	477
3.2	Gläubigerausschuss .....	481
3.2.1	Aufgaben .....	482
3.2.2	Einsetzung, Mitgliedschaft und Anforderungsprofil ....	483
3.2.3	Beschlussfassung .....	485
3.2.4	Entlassung .....	487
3.2.5	Haftung .....	488
3.3	Vorläufiger Gläubigerausschuss im Insolvenzeröffnungs- verfahren .....	489
<b>Kapitel 11</b>	<b>Insolvenzanfechtung (Smid/Grams)</b> .....	492
1.	<i>Grundlagen der insolvenzrechtlichen Anfechtung</i> <i>der §§ 129ff. InsO</i> .....	492
1.1	Allgemeines .....	492
1.2	Ausübung des Anfechtungsrechts .....	495
1.2.1	Anfechtungsberechtigter .....	495
1.2.2	Anfechtungsgegner und mittelbare Zuwendungen ....	496
1.3	Gemeinsame Tatbestandsmerkmale der Anfechtungs- tatbestände .....	497

1.3.1	Rechtshandlung . . . . .	497
1.3.2	Gläubigerbenachteiligung . . . . .	498
1.3.3	Maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechts- handlung . . . . .	506
1.3.3.1	Mehraktige Rechtshandlungen . . . . .	506
1.3.3.2	Unterlassen . . . . .	507
1.3.3.3	Bedingte und befristete Rechtshandlungen . . . . .	507
1.3.3.4	Relevanter Zeitpunkt bei der Schenkungsanfechtung bei unwiderruflichem Bezugsrecht aus Lebens- versicherung . . . . .	508
1.3.4	Kausalität zwischen Rechtshandlung und Gläubiger- benachteiligung . . . . .	509
1.3.5	Darlegungs- und Beweislast . . . . .	509
1.4	„Anfechtungsfreies“ Bargeschäft nach § 142 InsO . . . . .	510
1.4.1	Wertäquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung . . . . .	510
1.4.1.1	Allgemeines . . . . .	510
1.4.1.2	Bewertung von Dienstleistungen . . . . .	511
1.4.1.3	Bargeschäft und Vorleistungspflicht des Arbeitnehmers . . . . .	511
1.4.1.4	Verlängerter Eigentumsvorbehalt . . . . .	512
1.4.2	Maßgeblichkeit der Parteivereinbarung . . . . .	512
1.4.3	Zeitliche Verknüpfung . . . . .	512
2.	<i>Anfechtung wegen kongruenter Deckung (§ 130 InsO)</i> . . . . .	513
2.1	Normzweck und Normstruktur . . . . .	513
2.1.1	Normzweck . . . . .	513
2.1.2	Normstruktur . . . . .	513
2.2	Normvoraussetzungen . . . . .	515
2.2.1	Kongruente Deckung . . . . .	516
2.2.1.1	Allgemeines . . . . .	516
2.2.1.2	Beispiele . . . . .	516
2.2.1.3	Insolvenzanfechtung von Kreditkartenzahlungen . . . . .	518
2.2.1.4	Werthaltigmachen von Werklohnansprüchen . . . . .	519
2.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen . . . . .	520
2.2.2.1	Zeitraum . . . . .	520
2.2.2.2	Weitere Voraussetzungen . . . . .	520
2.2.3	Kenntnis des Gläubigers . . . . .	521
2.2.3.1	Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungs- antrages . . . . .	521
2.2.3.2	Kenntnis entsprechender Umstände (§ 130 Abs. 2 InsO) . . . . .	521
2.2.3.3	Zurechnung fremden Wissens . . . . .	522
2.3	Beweislast . . . . .	523
2.3.1	Regelfall . . . . .	523
2.3.2	Ausnahme . . . . .	524
3.	<i>Anfechtung wegen inkongruenter Deckung (§ 131 InsO)</i> . . . . .	524
3.1	Normzweck und Normstruktur . . . . .	524
3.1.1	Normzweck . . . . .	524
3.1.2	Normstruktur . . . . .	524
3.2	Normvoraussetzungen . . . . .	525

3.2.1	Inkongruente Deckung .....	525
3.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen .....	534
3.2.2.1	Zeitraum .....	534
3.2.2.2	Weitere Voraussetzungen .....	535
3.2.3	Kenntnis beim Gläubiger .....	535
3.3	Beweislast. ....	537
4.	<i>Anfechtung wegen unmittelbar gläubigerbenachteiligender Rechtshandlungen (§ 132 InsO) .....</i>	<i>537</i>
4.1	Normzweck und Normstruktur .....	537
4.2	Normvoraussetzungen .....	538
4.2.1	Rechtsgeschäfte und gleichgestellte Rechtshandlungen .	538
4.2.2	Unmittelbare Gläubigerbenachteiligung .....	539
4.2.3	Zeitraum und weitere Voraussetzungen .....	539
5.	<i>Anfechtung wegen vorsätzlicher Gläubigerbenachteiligung (§ 133 InsO) .....</i>	<i>540</i>
5.1	Normzweck und Normstruktur .....	540
5.1.1	Normzweck .....	540
5.1.2	Normstruktur .....	540
5.2	Normvoraussetzungen .....	541
5.2.1	Rechtshandlung/entgeltlicher Vertrag .....	541
5.2.1.1	Rechtshandlung (§ 133 Abs. 1 InsO) .....	541
5.2.1.2	Entgeltlicher Vertrag (§ 133 Abs. 2 InsO) .....	543
5.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen .....	544
5.2.2.1	Zeitraum .....	544
5.2.2.2	Weitere Voraussetzungen .....	544
5.2.3	Kenntnis des Gläubigers .....	545
5.2.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners .....	545
5.2.3.2	Kenntnis beim Anfechtungsgegner .....	546
5.3	Beweislast. ....	548
5.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz – Inkongruenz als Indiz .....	548
5.3.2	Kenntnis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes – Inkongruenz als Indiz .....	549
5.3.3	Exkurs: Referentenentwurf und die Rechtsprechung des IX. Zivilsenats .....	550
5.3.4	Erhöhte Anforderungen an den Beweis bei Kongruenz. .	553
5.3.5	Vermutung der Kenntnis (§ 133 Abs. 1 Satz 2 InsO) .....	553
5.3.6	Beweislastumkehr (§ 133 Abs. 2 Satz 2 InsO) .....	558
6.	<i>Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung (§ 134 InsO) .....</i>	<i>558</i>
6.1	Normzweck und Normstruktur .....	558
6.2	Normvoraussetzungen .....	559
6.2.1	Leistung des Schuldners .....	560
6.2.2	Unentgeltlichkeit .....	562
6.2.2.1	Gemischte Schenkung .....	564
6.2.2.2	Erfüllung eigener (nicht bestehender) Schuld .....	565
6.2.2.3	Erfüllung betagter bzw. aufschiebend bedingter Schuld. .	566
6.2.2.4	Tilgung fremder Schuld .....	566

6.2.2.5	Sicherung fremder und eigener Schuld. ....	567
6.2.2.6	Nachträgliche Vergütung. ....	568
6.2.2.7	Schenkungsanfechtung der Ausschüttung bei Schneeballsystemen. ....	571
6.2.3	Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 134 Abs. 2 InsO..	572
6.2.4	Zeitraum. ....	573
6.3	Beweislast. ....	574
7.	<i>Anfechtung im Zusammenhang mit Gesellschafter- darlehen (§ 135 InsO).</i> ....	574
7.1	Die Kapitalerhaltungsregeln nach altem Recht. ....	574
7.1.1	Allgemeines zur Kapitalerhaltungssystematik. ....	574
7.1.2	Die Anfechtungstatbestände des § 135 InsO a.F. ....	576
7.1.2.1	Allgemeines. ....	576
7.1.2.2	Das kapitaleretzende Darlehen und ihm gleichgestellte Forderungen. ....	577
7.1.2.2.1	Darlehen eines Gesellschafters. ....	577
7.1.2.2.2	Gewährung oder Stehenlassen eines Gesellschafter- darlehens. ....	578
7.1.2.2.3	Gleichgestellte Forderung. ....	580
7.1.2.3	Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistung – die Krise	581
7.1.2.4	Sanierungsprivileg. ....	583
7.1.2.5	Kleinbeteiligungsprivileg. ....	585
7.1.2.6	Erfasste Gesellschaftsformen. ....	585
7.2	Rechtsprechungsregeln. ....	586
7.3	Beweislast. ....	587
7.4	Die Anfechtung nach § 135 InsO. ....	588
7.4.1	Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 1 und 2 InsO. ....	588
7.4.2	Anfechtung nach § 135 Abs. 2 InsO. ....	590
7.4.3	Eigenkapitalersetzende Gebrauchsüberlassung (§ 135 Abs. 3 InsO). ....	592
7.4.3.1	Gegenstand, der für die Fortführung von erheblicher Bedeutung ist. ....	592
7.4.3.2	Ausgleichszahlung. ....	593
7.4.4	Sanierungs- und Kleinbeteiligungsprivileg (§ 135 Abs. 4 InsO). ....	594
8.	<i>Anfechtung von Rechtshandlungen des eigenverwal- tenden Schuldners. ....</i>	595
9.	<i>Vorbereitung der Insolvenzanfechtung durch retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit. ....</i>	597
9.1	Allgemeines. ....	597
9.2	Zur Stundung. ....	598
9.3	Der Ratenzahlungsplan. ....	599
10.	<i>Zur Reform des Anfechtungsrechts. ....</i>	600
10.1	Stand der Diskussion über die Reform des Insolvenz- anfechtungsrechts. ....	600
10.2	Vorlage eines Referentenentwurf durch das Bundes- justizministerium. ....	606



10.2.1	Ansatzpunkt der Reformbemühungen .....	607
10.2.1.1	Allgemeine Ansätze .....	607
10.2.1.2	Kodifikation der Judikatur des BAG. ....	607
10.2.1.3	„Unangemessenheit“ der Gläubigerbenachteiligung ....	607
10.2.1.4	Keine Indizwirkung bei Zahlungserleichterungen zugunsten des Schuldners .....	608
10.2.2	Bargeschäft. ....	608
10.3	Vorgeschlagene Änderungen im Einzelnen. ....	609
10.3.1	Einschränkung der Inkongruenzanfechtung .....	609
10.3.1.1	Wortlaut der vorgesehenen Neuregelung .....	609
10.3.1.2	Auswirkung auf die Rechtsstellung von Lieferanten des Schuldners. ....	609
10.3.2	Vorsatzanfechtung: § 133 Abs. 1 i.d.F. Referenten- entwurf .....	610
10.3.2.1	Wortlaut der vorgesehenen Neuregelung .....	610
10.3.2.2	Funktion der vorgesehenen Neuregelung .....	610
10.3.2.2.1	Normzweckorientierung der Rechtsprechung .....	610
10.3.2.2.2	Begriff der „Unangemessenheit“ der Gläubiger- benachteiligung. ....	610
10.3.2.3	Anfechtungsrechtliches Sanierungsprivileg .....	611
10.3.2.4	Belieferung zur Fortführung des Schuldnerbetriebes ....	611
10.3.2.5	Jüngste Judikatur des BGH zur Belieferung zur Fortführung des Schuldnerbetriebes. ....	612
10.3.3	Vorsatzanfechtung: § 133 Abs. 2 n.F. i.d.F. Referenten- entwurf .....	614
10.4	Fazit .....	615
10.4.1	Verzicht auf Grundsatzentscheidungen im Referenten- entwurf .....	615
10.4.2	Aussichten für eine substantiell legitime Interessen der Lieferanten berücksichtigende Ausgestaltung des Rechts der Insolvenzanfechtung in der InsO .....	615
10.4.2.1	Stellung des vorliegenden Referentenentwurfs in der insolvenzrechtlichen Gesetzgebung .....	615
10.4.2.2	Zu erwartende Folgen einer dem vorliegenden Referentenentwurf folgenden Gesetzgebung .....	615

### Teil 3

## Insolvenzverfahrensrecht 617

<b>Kapitel 1</b>	<b>Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Martini</i>) .....</b>	<b>619</b>
1.	<i>Zweck</i> .....	619
2.	<i>Insolvenzantrag</i> .....	620
2.1	Allgemeines .....	620
2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	621
2.2.1	Gerichtliche Zuständigkeit .....	621
2.2.2	Glaubhaftmachung und rechtliches Interesse im Falle des Gläubigerantrages .....	624
2.2.3	Voraussetzung des Schuldnerantrages .....	625

2.2.4	Insolvenzfähigkeit . . . . .	626
2.2.4.1	Natürliche Person . . . . .	626
2.2.4.2	Juristische Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO) . . . .	626
2.2.4.3	§ 11 Abs. 2 InsO . . . . .	627
3.	<i>Bestellung eines Sachverständigen</i> . . . . .	627
4.	<i>Anordnung vorläufiger Maßnahmen</i> . . . . .	629
4.1	Voraussetzungen . . . . .	629
4.2	Rechtsfolgen . . . . .	629
5.	<i>Arten von Sicherungsmaßnahmen</i> . . . . .	630
5.1	Allgemeines . . . . .	630
5.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	631
5.2.1	Bestellung eines sog. „starken“ vorläufigen Insolvenz- verwalters . . . . .	632
5.2.1.1	Allgemeines . . . . .	632
5.2.1.2	Masseverbindlichkeiten . . . . .	633
5.2.1.3	Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO) . . . . .	633
5.2.2	Bestellung eines sog. „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	635
5.3	Untersagung und Einstellung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen . . . . .	637
5.4	Vorläufige Postsperre . . . . .	637
5.5	Zwangsmaßnahmen . . . . .	638
6.	<i>Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses</i> . . . .	638
7.	<i>Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens</i> . . . . .	639
<b>Kapitel 2</b>	<b>Regelinsolvenzverfahren (Martini)</b> . . . . .	640
1.	<i>Vorbemerkung</i> . . . . .	640
2.	<i>Verfahrensbeteiligte</i> . . . . .	642
2.1	Schuldner . . . . .	642
2.1.1	Natürliche und juristische Personen . . . . .	642
2.1.2	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit . . . . .	643
2.1.3	Erben und Gütergemeinschaft . . . . .	643
2.2	Insolvenzgericht – Zuständigkeit . . . . .	643
2.3	Insolvenzverwalter . . . . .	645
2.3.1	Person und Aufsicht . . . . .	645
2.3.2	Haftung . . . . .	648
2.4	Insolvenzgläubiger . . . . .	649
2.4.1	Allgemeines . . . . .	649
2.4.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger . . . . .	650
2.4.3	Organisation . . . . .	651
2.5	Massegläubiger . . . . .	652
2.5.1	Massekosten . . . . .	652
2.5.2	Masseschulden . . . . .	652
3.	<i>Eröffnung des Insolvenzverfahrens</i> . . . . .	654
3.1	Insolvenzgrund . . . . .	654
3.2	Massekostendeckung . . . . .	654

3.3	Formalien der Verfahrenseröffnung .....	655
3.3.1	Inhalt und Form des Eröffnungsbeschlusses .....	655
3.3.2	Bestellung des Insolvenzverwalters .....	656
3.3.3	Terminsbestimmungen .....	658
4.	<i>Wirkungen der Verfahrenseröffnung.</i> .....	658
4.1	Schuldnerbezogene Wirkungen. ....	658
4.1.1	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten .....	658
4.1.2	Berufsrechtliche Beschränkungen .....	659
4.1.3	Auflösung insolventer Gesellschaften. ....	660
4.2	Massebezogene Auswirkungen. ....	660
4.2.1	Beschlagnahme des Schuldnervermögens .....	660
4.2.2	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis ...	660
4.2.3	Vollstreckungsverbot und Rückschlagsperre .....	661
4.2.3.1	Umfang und Folgen des Vollstreckungsverbotes .....	661
4.2.3.2	Rückschlagsperre .....	663
4.2.4	Freigabe von Gegenständen aus der Insolvenzmasse ...	664
4.2.5	Rechtserwerb nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. .	665
5.	<i>Aufgaben und Pflichten des Insolvenzverwalters</i> .....	666
6.	<i>Gegenseitige Verträge in der Insolvenz</i> .....	666
7.	<i>Bereinigung der Masse.</i> .....	668
7.1	Aussonderung .....	669
7.2	Absonderung .....	669
7.3	Aufrechnung .....	669
8.	<i>Feststellung der Insolvenzforderungen.</i> .....	670
9.	<i>Verwertung und Verteilung der Masse.</i> .....	671
9.1	Masseverwertung .....	671
9.1.1	Grundlagen .....	671
9.1.1.1	Besitzergreifung und Inventarisierung .....	672
9.1.2	Verwertung vor dem Berichtstermin. ....	672
9.1.3	Betriebsfortführung oder Stilllegung. ....	672
9.2	Verteilung an die Gläubiger .....	673
10.	<i>Beendigung des Insolvenzverfahrens</i> .....	673
10.1	Aufhebung nach Schlussverteilung. ....	673
10.2	Einstellung .....	673
10.2.1	Einstellung mangels Masse .....	673
10.2.1.1	Regelungsziel. ....	673
10.2.1.2	Regelungsgegenstand. ....	674
10.2.1.3	Folgen. ....	674
10.2.2	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes ...	675
10.2.3	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit ...	675
10.2.4	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger. ....	676
<b>Kapitel 3</b>	<b>Die übertragende Sanierung (Lambrecht)</b> .....	677
1.	<i>Einleitung</i> .....	677
2.	<i>Gegenstand der übertragenden Sanierung</i> .....	678
3.	<i>Rechtswirkungen</i> .....	681

4.	<i>Kaufpreisgestaltung</i> .....	682
5.	<i>Ablauf Verkaufsprozess</i> .....	683
6.	<i>Steuerliche Erwägungen</i> .....	685
7.	<i>Arbeitnehmer in der übertragenden Sanierung</i> .....	685
8.	<i>Gläubigermitbestimmung</i> .....	685
9.	<i>Erwerb vom Insolvenzverwalter</i> .....	686
10.	<i>Kaufvertrag</i> .....	687
10.1	<i>Inhalte</i> .....	687
10.2	<i>Formvorschriften</i> .....	687
10.3	<i>Kaufvertragsmuster einer übertragenden Sanierung (ohne Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft)</i> .	688
11.	<i>Weitere Transaktionsstrukturen</i> .....	691
11.1	<i>Share Deal nach Gründung einer Auffanggesellschaft durch den Insolvenzverwalter</i> .....	691
11.2	<i>Share Deal nach Durchführung eines Insolvenzplan- verfahrens</i> .....	691
12.	<i>Gegenüberstellung von übertragender Sanierung und Insolvenzplanverfahren</i> .....	692
<b>Kapitel 4</b>	<b>Insolvenzplanverfahren (Fritze)</b> .....	693
1.	<i>Grundlagen</i> .....	693
1.1	<i>Zweck des Insolvenzplanverfahrens</i> .....	693
1.2	<i>Voraussetzungen eines Insolvenzplanverfahrens und Überblick über die gesetzlichen Regelungen</i> .....	696
1.3	<i>Exkurs: Kombination mit Eigenverwaltung</i> .....	697
2.	<i>Planinitiative</i> .....	698
2.1	<i>Vorlageberechtigung</i> .....	698
2.2	<i>Einreichungszeitpunkt</i> .....	699
2.3	<i>Insolvenzplanarten</i> .....	700
2.4	<i>Plankonkurrenz</i> .....	702
3.	<i>Inhalt des Insolvenzplans</i> .....	703
3.1	<i>Darstellender Teil</i> .....	704
3.2	<i>Gestaltender Teil</i> .....	705
3.3	<i>Einteilung der Gläubiger in Gruppen</i> .....	709
3.4	<i>Plananlagen</i> .....	710
4.	<i>Verfahren</i> .....	711
4.1	<i>Überblick über den Ablauf des Verfahrens</i> .....	711
4.2	<i>Gerichtliches Vorverfahren</i> .....	712
4.3	<i>Erörterung und Abstimmung in der Gläubiger- versammlung/in den anberaumten Gerichtsterminen</i> ...	714
4.4	<i>Obstruktionsverbot und weitere Zustimmungsfiktionen</i> ..	717
4.5	<i>Gerichtliche Überprüfung und Bestätigung des Insolvenzplans</i> .....	718
4.6	<i>Aufhebung des Verfahrens und Planüberwachung</i> .....	720

5.	<i>Wirkungen des Insolvenzplans</i> . . . . .	721
5.1	Allgemeine Wirkungen. . . . .	721
5.2	Wiederaufleben des Verfahrens. . . . .	722
5.3	Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens . . . . .	722
5.4	Massekredite . . . . .	722
6.	<i>Besonderheiten</i> . . . . .	723
6.1	Konzerne und internationale Fälle . . . . .	723
6.2	Massequote, Kosten, Rechtsmittel. . . . .	725
6.3	Steuerrecht im Insolvenzplanverfahren . . . . .	726
6.4	Ausblick und weitere Reformdiskussion. . . . .	730
<b>Kapitel 5</b>	<b>Verbraucherinsolvenzverfahren (Martini)</b> . . . . .	733
1.	<i>Vorbemerkung</i> . . . . .	733
1.1	Allgemeine Ziele des Insolvenzverfahrens. . . . .	733
1.2	Statistische Bedeutung . . . . .	734
1.3	Ziele des Verbraucherinsolvenzverfahrens/Schuldturn- problematik . . . . .	734
1.4	Reform . . . . .	735
2.	<i>Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren</i> . . . . .	736
2.1	Natürliche Person . . . . .	737
2.2	Keine frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit. . . . .	737
2.2.1	Begriff der selbstständigen Tätigkeit . . . . .	737
2.2.2	Wirtschaftliche Tätigkeit. . . . .	737
2.2.3	Frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit. . . . .	738
2.2.3.1	Nicht überschaubare Vermögensverhältnisse. . . . .	738
2.2.3.2	Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen. . . . .	738
2.3	Rechtsprechung . . . . .	739
3.	<i>Verfahrensablauf</i> . . . . .	740
3.1	Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren. . . . .	740
3.1.1	Normzweck und sog. Aussichtslosigkeitsbescheinigung . . . . .	740
3.1.2	Außergerichtlicher Einigungsversuch. . . . .	741
3.1.3	Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle. . . . .	741
3.1.4	Scheiternsfiktion . . . . .	742
3.1.5	Rechtsprechung . . . . .	742
3.2	Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren . . . . .	743
3.2.1	Normzweck . . . . .	743
3.2.2	Voraussetzungen . . . . .	743
3.2.3	Inhalt des Schuldenbereinigungsplans. . . . .	743
3.2.4	Verfahren . . . . .	743
3.2.5	Rechtsfolgen. . . . .	745
3.2.6	Formularzwang . . . . .	745
3.3	Eröffnetes Insolvenzverfahren . . . . .	746
3.3.1	Erfolglosigkeit des gerichtlichen Schuldenbereinigungs- verfahrens. . . . .	746
3.3.2	Feststellung des Insolvenzgrundes . . . . .	746
3.3.3	Deckung der Verfahrenskosten. . . . .	746
3.3.4	Verfahrenseröffnung . . . . .	746

3.3.5	Verfahrensablauf . . . . .	747
3.3.5.1	Eröffnungsbeschluss . . . . .	747
3.3.5.2	Bestellung des Insolvenzverwalters bzw. Treuhänders . . .	748
3.3.5.3	Forderungsanmeldung . . . . .	748
3.3.6	Insolvenzmasse . . . . .	748
3.3.6.1	Arbeitseinkommen/Sozialleistungen. . . . .	749
3.3.6.2	Hausrat. . . . .	749
3.3.6.3	Mietsicherheit/Genossenschaftsanteile. . . . .	749
3.3.6.4	Bankkonto/Sparguthaben . . . . .	750
3.3.6.5	Lebensversicherungen/Altersbezüge . . . . .	750
3.3.7	Abweichungen gegenüber der Regelinsolvenz. . . . .	751
3.3.7.1	Veröffentlichungen . . . . .	751
3.3.7.2	Entfallen des Berichtstermins. . . . .	751
3.3.7.3	Anfechtung von Rechtshandlungen . . . . .	752
3.3.7.4	Verwertungsrecht . . . . .	753
3.3.7.5	Verteilung . . . . .	753
3.3.7.6	Zeitliche Erweiterung der Rückschlagsperre . . . . .	754
3.3.8	Verfahrensabschluss und Sperrwirkung. . . . .	754
4.	<i>Stundung der Verfahrenskosten</i> . . . . .	754
4.1	Voraussetzungen. . . . .	755
4.2	Gewährung . . . . .	756
4.3	Wirkung und Umfang. . . . .	756
4.4	Beordnung eines Rechtsanwalts. . . . .	757
4.5	Aufhebung. . . . .	757
4.6	Rechtsprechung. . . . .	757
5.	<i>Sonderfragen</i> . . . . .	758
5.1	Selbstständigkeit in der Verbraucherinsolvenz . . . . .	758
5.2	Steuerliche Pflichten des Insolvenzverwalters. . . . .	759
5.3	Insolvenzplan im Verbraucherverfahren . . . . .	759
<b>Kapitel 6</b>	<b>Restschuldbefreiung der natürlichen Person (Martini) . .</b>	<b>761</b>
1.	<i>Voraussetzungen</i> . . . . .	762
1.1	Antrag . . . . .	762
1.2	Abtretungserklärung (§ 287 Abs. 2 InsO). . . . .	763
1.3	Anhörung der Gläubiger und des Treuhänders bis zum Schlusstermin. . . . .	763
1.4	Fehlen von Versagungsgründen . . . . .	763
1.5	Übernahme der Sperrfristrechtsprechung . . . . .	766
2.	<i>Frühe Ankündigung der Restschuldbefreiung.</i> . . . . .	766
3.	<i>Bestellung des Treuhänders.</i> . . . . .	767
4.	<i>Obliegenheiten</i> . . . . .	767
5.	<i>Entscheidung über die Restschuldbefreiung</i> . . . . .	768
5.1	Vorzeitige Beendigung ohne Restschuldbefreiung . . . . .	768
5.2	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung. . . . .	769
5.2.1	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 InsO: Sofortige Erteilung . . . . .	769
5.2.2	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 InsO: Erteilung nach drei Jahren	769
5.2.3	§ 300 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InsO: Erteilung nach fünf Jahren	770

5.3	Regelfristige Erteilung . . . . .	770
5.4	§ 300a InsO: Asymmetrische Verfahren . . . . .	771
5.5	Wirkungen der Restschuldbefreiung. . . . .	772
5.6	Widerruf der Restschuldbefreiung. . . . .	773
5.7	Eintragung in das Schuldnerverzeichnis . . . . .	774
<b>Kapitel 7</b>	<b>Eigenverwaltung</b> ( <i>Wehdeking</i> ) . . . . .	775
1.	<i>Grundlagen der Eigenverwaltung</i> . . . . .	775
1.1	Systematik der gesetzlichen Regelungen der Eigenverwaltung . . . . .	775
1.2	Aufgabe der Eigenverwaltung und Intentionen des Insolvenzrechtsreformgesetzgebers. . . . .	776
1.2.1	Möglichkeit einer gerichtlich kontrollierten Reorganisation und Sanierung. . . . .	776
1.2.1.1	Überkommene Rechtslage und Beratungspraxis . . . . .	776
1.2.1.2	Änderungen durch das ESUG . . . . .	778
1.2.2	Anreiz zur Eigenantragstellung. . . . .	778
1.2.3	Nutzung des schuldnerischen Sachverstandes . . . . .	780
1.2.4	Kostenvorteile gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren . . . . .	780
2.	<i>Materielle Voraussetzungen</i> . . . . .	781
2.1	Eröffnungs- und Eigenverwaltungsantrag . . . . .	782
2.1.1	Anforderungen an die Anträge . . . . .	782
2.1.2	Antragsberechtigung . . . . .	783
2.1.3	Maßgebender Zeitpunkt für den Antrag . . . . .	784
2.2	Keine Nachteile für die Gläubiger . . . . .	785
2.2.1	Nachteile . . . . .	785
2.2.2	Maßstäbe der insolvenzgerichtlichen Prognoseentscheidung . . . . .	786
2.2.3	Wahrscheinlichkeit der Nachteile . . . . .	788
2.3	Äußerung des vorläufigen Gläubigerausschusses . . . . .	789
3.	<i>Gestaltung des Eröffnungsverfahrens nach Beantragung der Anordnung der Eigenverwaltung – sog. vorläufige Eigenverwaltung</i> . . . . .	791
3.1	Eröffnungsverfahren gemäß § 270a InsO . . . . .	792
3.1.1	Voraussetzungen . . . . .	792
3.1.2	Rechtsfolgen. . . . .	793
3.2	Schutzschirmverfahren gemäß § 270b InsO . . . . .	794
3.2.1	Anträge. . . . .	795
3.2.2	Drohende Zahlungsunfähigkeit im Sinne von § 18 InsO . . . . .	795
3.2.2.1	Ermittlung der drohenden Zahlungsunfähigkeit . . . . .	796
3.2.2.2	Abgrenzung zur Zahlungsunfähigkeit und zu solventen Schuldner . . . . .	796
3.2.2.3	Eintritt der Zahlungsunfähigkeit nach Antragstellung . . . . .	797
3.2.3	Überschuldung im Sinne von § 19 InsO . . . . .	799
3.2.4	Nicht offensichtlich aussichtslose Sanierung . . . . .	800
3.2.5	„Sanierungsbescheinigung“ nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO . . . . .	801
3.2.6	Beendigung des Schutzschirmverfahrens. . . . .	803

3.3	Rechtsfolgen der vorläufigen Eigenverwaltung .....	804
3.3.1	Begründung von Masseverbindlichkeiten .....	804
3.3.2	Anfechtungsrecht .....	807
3.3.3	Steuerrecht. ....	809
3.3.4	Insolvenzgeld. ....	810
3.3.5	Gesellschaftsrecht .....	810
3.3.6	Verfahrensrecht .....	811
3.4	Rechtsmittel .....	812
4.	<i>Entscheidung des Gerichts über die Eigenverwaltung. . .</i>	813
4.1	Ablehnung der Anordnung der Eigenverwaltung .....	813
4.2	Anordnung der Eigenverwaltung .....	813
4.3	Rechtsmittel .....	815
5.	<i>Allgemeine Wirkung des Eröffnungsbeschlusses bei Anordnung der Eigenverwaltung .....</i>	815
5.1	Insolvenzbeschlagnahme des schuldnerischen Vermögens. ....	815
5.2	Befugnisse des Schuldners zur Masseverwaltung und -verwertung .....	816
5.3	Einsetzen eines Sachwalters .....	817
5.4	Registerrechtlicher Insolvenzvermerk. ....	817
5.5	Verfahrensrecht .....	817
5.6	Steuerrecht. ....	818
5.7	Gesellschaftsrecht .....	818
6.	<i>Rechtsstellung und Aufgabenverteilung zwischen Schuldner und (vorläufigen) Sachwalter .....</i>	819
6.1	Rechtsstellung und Befugnisse des Schuldners. ....	819
6.1.1	Rechtsstellung .....	819
6.1.2	Befugnisse und Pflichten des Schuldners .....	820
6.1.2.1	Führung der Geschäfte .....	820
6.1.2.2	Einschränkungen der schuldnerischen Rechtsmacht. ....	820
6.1.2.3	Wahlrecht des Schuldners .....	821
6.1.2.4	Lebensführung des Schuldners .....	822
6.1.2.5	Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners .....	822
6.1.2.6	Vorlage eines Insolvenzplans .....	824
6.1.2.7	Mitwirkungspflichten .....	825
6.2	Rechtsstellung und Befugnisse des (vorläufigen) Sachwalters .....	825
6.2.1	Auswahl und Bestellung des (vorläufigen) Sachwalters ..	826
6.2.2	Rechte und Pflichten des (vorläufigen) Sachwalters. ....	828
6.2.2.1	Insolvenzanfechtung/Gesamtschaden. ....	829
6.2.2.2	Tabellenführung und Prüfpflichten .....	830
6.2.2.3	Beratungsaufgaben des Sachwalters .....	831
6.2.2.4	Aufsichts-, Überwachungs- und Berichtspflichten .....	831
6.2.2.5	Mitwirkungsrechte .....	833
6.2.2.6	Zustimmungsbedürftigkeit .....	834
6.2.3	Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters .....	834
6.2.4	Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Haftung .....	838
7.	<i>Haftung von Schuldner und Berater. ....</i>	839



7.1	Schädigung der Masse keine Selbstschädigung . . . . .	839
7.2	§ 64 GmbHG . . . . .	840
7.3	Pflichten des eigenverwaltenden Schuldners . . . . .	840
7.4	Keine Schuldner-/Beraterhaftung, weil kein haftendes Vermögen außerhalb des Insolvenzbeschlags? . . . . .	840
7.4.1	Entsprechende Anwendung des § 61 InsO auf den eigenverwaltenden Schuldner? . . . . .	840
7.4.2	Haftung des Schuldners für unrechtmäßig eingegangene Masseverbindlichkeiten als Frage insolvenzrechtlicher Nachhaftung . . . . .	841
8.	<i>Aufhebung der Eigenverwaltung</i> . . . . .	841
8.1	Antrag der Gläubigerversammlung . . . . .	841
8.2	Gläubigerantrag . . . . .	842
8.3	Schuldnerantrag . . . . .	843
8.4	Aufhebungsentscheidung des Insolvenzgerichts . . . . .	843
<b>Kapitel 8</b>	<b>Sonderinsolvenzen</b> ( <i>Suikat</i> ) . . . . .	845
1.	<i>Nachlassinsolvenzverfahren</i> . . . . .	845
1.1	Regelungszweck . . . . .	845
1.2	Anwendungsbereich . . . . .	846
1.2.1	In subjektiver Hinsicht – verschiedene Stadien des Eintritts des Todes . . . . .	846
1.2.1.1	Tod vor Stellung des Insolvenzantrages . . . . .	846
1.2.1.2	Tod im Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	846
1.2.1.3	Tod im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	846
1.2.2	In objektiver Hinsicht – erfasste Verbindlichkeiten . . . . .	847
1.2.2.1	Erblasserverbindlichkeiten . . . . .	847
1.2.2.2	Erbfallverbindlichkeiten . . . . .	847
1.2.2.3	Nachlasserbengerbindlichkeiten . . . . .	848
1.3	Rechtliche Grundlagen . . . . .	848
1.3.1	Erbrechtliche Grundlagen . . . . .	848
1.3.1.1	Grundsatz der unbeschränkten Erbenhaftung . . . . .	848
1.3.1.2	Ausschlagung . . . . .	849
1.3.1.3	Anfechtung . . . . .	849
1.3.1.4	Nachlassverwaltung, -pflegschaft und -insolvenz . . . . .	849
1.3.2	Insolvenzrechtliche Grundlagen . . . . .	851
1.3.2.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	851
1.3.2.1.1	Örtliche Zuständigkeit . . . . .	851
1.3.2.1.2	Antragsberechtigte/Antragspflicht . . . . .	851
1.3.2.1.3	Antragsfrist . . . . .	853
1.3.2.2	Eröffnungsgründe . . . . .	853
1.3.2.2.1	Überschuldung des Nachlasses . . . . .	854
1.3.2.2.2	Zahlungsunfähigkeit des Nachlasses . . . . .	854
1.3.2.2.3	Drohende Zahlungsunfähigkeit . . . . .	855
1.3.2.3	Rechtsfolgen der Eröffnung eines Nachlassinsolvenzverfahrens . . . . .	855
1.3.2.4	Besondere Regelungen im Nachlassinsolvenzverfahren . . . . .	856
1.3.2.4.1	§ 321 InsO . . . . .	856

1.3.2.4.2	§ 323 InsO .....	856
1.3.2.4.3	§ 324 InsO .....	857
1.3.2.4.4	§ 325 InsO .....	857
1.3.2.4.5	Besonderheiten bei der Insolvenzanfechtung .....	857
1.3.2.4.6	Besonderheiten bei Lebensversicherungen .....	858
1.3.2.4.7	Besonderheiten bei der Fortführung eines Handels- geschäftes .....	858
2.	<i>Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft.</i> ....	859
3.	<i>Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft</i> .....	859

#### Teil 4

#### Rechnungslegung in der Insolvenz 861

<b>Kapitel 1</b>	<b>Interne Rechnungslegung (Amberger).</b> .....	863
1.	<i>Das System der Rechnungslegung im Insolvenzverfahren</i> .....	863
2.	<i>Insolvenzrechtliche Rechnungslegung – Entwicklung</i> ...	864
2.1	Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht im Insolvenzverfahren (GAVI) .....	865
2.2	Empfehlungen der Uhlenbruck-Kommission .....	866
2.3	VID – Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e.V. ...	867
2.4	SKR InsO .....	867
2.5	Rechnungslegungshinweise des IDW e.V. ....	868
3.	<i>Rechnungslegung und Berichterstattung im Einzelnen</i> ..	868
3.1	Verzeichnis der Massegegenstände (§ 151 InsO) .....	868
3.2	Gläubigerverzeichnis (§ 152 InsO) .....	869
3.3	Vermögensübersicht (§ 153 InsO) .....	869
3.4	Schlussrechnung (§ 66 InsO) .....	869
3.4.1	Schlussrechnung .....	870
3.4.2	Schlussbericht .....	870
3.4.3	Schlussverzeichnis .....	871
3.4.4	Gerichtliche Prüfung .....	871
3.4.5	Prüfung durch den Gläubigerausschuss .....	872
3.5	Schlussrechnung bei vorheriger Anzeige der Masse- unzulänglichkeit .....	872
<b>Kapitel 2</b>	<b>Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (Schmid)</b> ...	873
1.	<i>Einführung und Abgrenzung.</i> .....	873
1.1	Einführung .....	873
1.2	Ziele der externen Rechnungslegung .....	873
1.3	Abgrenzung zur internen Rechnungslegung im Insolvenzverfahren .....	874
2.	<i>Umfang der externen Rechnungslegungspflicht.</i> .....	875
2.1	Handelsrechtliche Buchführungspflicht .....	875
2.1.1	Zeitlicher und sachlicher Umfang .....	875
2.1.2	Anforderungen an die Buchführung .....	879

2.2	Handelsrechtliche Abschlüsse . . . . .	880
2.2.1	Insolvenzrechnungslegung und Liquidations- rechnungslegung . . . . .	880
2.2.2	Letzter Jahresabschluss der werbenden Gesellschaft vor Insolvenzeröffnung . . . . .	882
2.2.3	Eröffnungsbilanz auf den Zeitpunkt der Verfahrens- eröffnung . . . . .	886
2.2.4	Jahresabschlüsse für Geschäftsjahre, die während des Insolvenzverfahrens enden . . . . .	889
2.2.5	Handelsrechtliche Schlussbilanz . . . . .	890
2.3	Konzernrechnungslegung in der Insolvenz . . . . .	891
2.4	Jahresabschlussprüfung in der Insolvenz . . . . .	893
2.5	Feststellung . . . . .	895
2.6	Handelsrechtliche Offenlegungspflichten . . . . .	895
2.7	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz nach steuerrechtlichen Vorschriften . . . . .	896
2.8	Reduzierung des Pflichtenumfangs insbesondere bei Masseunzulänglichkeit . . . . .	899

Teil 5

**Steuern in Sanierung und Insolvenz** 905

<b>Kapitel 1</b>	<b>Verfahrensfragen (<i>Bschorr</i>) . . . . .</b>	<b>907</b>
1.	<i>Insolvenzsteuerrecht „versus“ Steuerrecht.</i> . . . . .	907
2.	<i>Verfahrensrechtliche Stellung der Beteiligten</i> . . . . .	908
2.1	Stellung des Schuldners nach der Verfahrenseröffnung . .	908
2.2	Steuerrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters . . . . .	909
2.2.1	Steuererklärungspflichten für die Zeit des Insolvenz- verfahrens. . . . .	911
2.2.2	Steuererklärungen für die Zeit vor Insolvenzeröffnung . .	912
2.2.3	Dauer der Insolvenz, Pflichten des Insolvenzverwalters. .	913
2.3	Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	913
2.4	Stellung des Treuhänders und Sachwalters . . . . .	915
2.5	Haftung des Insolvenzverwalters für Steuerschulden. . . .	916
2.5.1	Haftung des Insolvenzverwalters . . . . .	916
2.5.2	Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters . . . . .	919
2.6	Stellung der Finanzverwaltung . . . . .	919
2.6.1	Das Finanzamt als Gläubiger. . . . .	920
2.6.2	Auskünfte des Finanzamtes an den Insolvenzverwalter . .	921
3.	<i>Wirkungen der Insolvenzeröffnung im Besteuerungs- verfahren</i> . . . . .	922
3.1	Steuerermittlungsverfahren . . . . .	922
3.2	Steuerfestsetzungsverfahren/Feststellungsverfahren . . .	923
3.3	Erstattungsansprüche . . . . .	926
3.4	Rechtsbehelfsverfahren. . . . .	927
3.5	Finanzgerichtsverfahren . . . . .	929
3.6	Vollstreckungsverfahren . . . . .	931

4.	<i>Durchsetzung von Steuerforderungen im Insolvenzverfahren</i> . . . . .	931
4.1	Qualifizierung von Steuern als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit. . . . .	931
4.2	Anmeldung und Feststellung von Insolvenzforderungen . . . . .	935
4.2.1	Anmeldung zur Tabelle . . . . .	935
4.2.2	Anerkennung oder Widerspruch im Prüfungstermin . . . . .	936
4.2.3	Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO . . . . .	939
4.2.4	Beitreibung nach Insolvenzbeendigung . . . . .	940
4.3	Durchsetzung von Masseverbindlichkeiten . . . . .	941
4.3.1	Massereichtum . . . . .	941
4.3.2	Massearmut . . . . .	941
4.4	Durchsetzung von Steuern aus insolvenzfreier Tätigkeit/Neuerwerb . . . . .	942
4.5	Aufrechnung . . . . .	944
4.5.1	Aufrechnung von Vorauszahlungsschulden. . . . .	950
4.5.2	Aufrechnung mit Erstattungszinsen . . . . .	950
4.5.3	Aufrechnung mit Säumniszuschlägen . . . . .	950
4.5.4	Aufrechnung mit Haftungsforderungen . . . . .	951
4.5.5	Aufrechnung bei Neuerwerb. . . . .	951
4.5.6	Aufrechnung unter Berücksichtigung des Umsatzsteuer-Saldierungsprinzips . . . . .	952
4.5.7	Aufrechnung Vorsteuer aus Vergütung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters. . . . .	952
4.5.8	Aufrechnung von Umsatzsteuer- und Vorsteuerberichtigungsansprüchen nach § 17 UStG. . . . .	953
4.5.9	Aufrechnung mit Sondervorauszahlungen bei Dauerfristverlängerung . . . . .	954
4.5.10	Aufrechenbarkeit des Vergütungsanspruchs nach Rechnungsberichtigung . . . . .	954
4.5.11	Aufrechnung mit einer zur Tabelle festgestellten Insolvenzforderung . . . . .	954
4.5.12	Aufrechnung nach Quotenauszahlung . . . . .	955
4.5.13	Aufrechnung von Kraftfahrzeugsteuern . . . . .	955
4.5.14	Aufrechnung von Grunderwerbsteuer . . . . .	956
4.5.15	Aufrechnung gegen Anspruch auf Eigenheimzulage. . . . .	956
4.5.16	Aufrechnung Körperschaftsteuerguthaben im Sinne von § 37 Abs. 1 Satz 1 KStG . . . . .	956
4.5.17	Aufrechnung mit im Insolvenzplan erlassener Forderung . . . . .	956
4.5.18	Aufrechnung im Rahmen der Nachtragsverteilung . . . . .	957
<b>Kapitel 2</b>	<b>Umsatzsteuer (Bschorr)</b> . . . . .	958
1.	<i>Unternehmereigenschaft in der Insolvenz und verfahrensrechtliche Fragen</i> . . . . .	958
2.	<i>Umsatzsteuerforderungen als Insolvenzforderungen/ Masseverbindlichkeiten</i> . . . . .	959
3.	<i>Umsatzsteuer bei Neuerwerb/Freigabe</i> . . . . .	966

4.	<i>Umsatzsteuerliche Organschaft</i> . . . . .	967
4.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . .	967
4.2	Insolvenz der Organgesellschaft . . . . .	968
4.3	Insolvenz des Organträgers . . . . .	969
4.4	Insolvenz des Organträgers und der Organgesellschaft. .	970
4.5	Rechtsfolgen bei Beendigung der Organschaft . . . . .	971
5.	<i>Vorsteuer im Insolvenzverfahren</i> . . . . .	974
6.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 17 UStG</i> . . . . .	975
7.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG</i> . . . . .	977
8.	<i>Umsatzsteuerkorrektur</i> . . . . .	979
9.	<i>Umsatzsteuer/Vorsteuer bei nicht vollständig erfüllten Verträgen</i> . . . . .	981
9.1	Umsatzsteuerkorrektur nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 UStG . . .	981
9.2	Vorsteuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 UStG . . . . .	983
10.	<i>Sicherungsverwertung</i> . . . . .	984
10.1	Verwertung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	985
10.2	Verwertung durch den Sicherungsnehmer . . . . .	987
10.3	Verwertung durch den Insolvenzschuldner nach Freigabe	989
10.4	Verwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens . . . . .	989
11.	<i>Geschäftsveräußerung im Ganzen</i> . . . . .	991
<b>Kapitel 3</b>	<b>Ertragsteuern (Schmid)</b> . . . . .	994
1.	<i>Körperschaftsteuer</i> . . . . .	994
1.1	Grundlagen . . . . .	994
1.2	Wechselwirkungen zwischen Körperschaftsteuer und Einkommensteuer unter dem Regime der Abgeltungsteuer . . . . .	996
1.3	Verlustrück- und -vortrag, Mindestbesteuerung . . . . .	1000
1.4	Untergang von Verlustvorträgen, § 8c KStG . . . . .	1002
1.4.1	Grundlagen . . . . .	1002
1.4.2	Regelungsinhalt . . . . .	1004
1.4.3	Sanierungsklausel . . . . .	1008
1.4.3.1	Begriff des Beteiligungserwerbs . . . . .	1009
1.4.3.2	Begriff der Sanierung . . . . .	1009
1.4.3.3	Erhaltung der wesentlichen Betriebsstrukturen . . . . .	1012
1.4.3.4	Ausschluss der Anwendung der Sanierungsklausel. . . . .	1016
1.5	Gesellschafterdarlehen in Krise und Insolvenz . . . . .	1016
1.5.1	Einführung . . . . .	1016
1.5.2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen . . . . .	1017
1.5.3	Rechtslage vor Einführung des MoMiG . . . . .	1018
1.5.4	Situation nach dem MoMiG . . . . .	1019
1.5.5	Bilanzielle Behandlung der Gesellschafterdarlehen . . . .	1019
1.5.6	Einfluss von Sanierungsmaßnahmen . . . . .	1019
1.5.6.1	Verzicht auf Gesellschafterdarlehen . . . . .	1019
1.5.6.2	Forderungsverzicht mit Besserungsversprechen . . . . .	1023
1.5.6.3	Rangrücktritt . . . . .	1026

1.6	Pensionsrückstellungen in Krise und Insolvenz .....	1030
1.6.1	Grundlagen .....	1030
1.6.2	(Voll-) Verzicht auf Pensionszusagen durch Gesellschafter – Geschäftsführer.....	1031
1.6.3	(Teil-)Verzicht auf noch nicht erdiente Anwartschafts- rechte .....	1033
1.6.4	Widerruf von Pensionszusagen .....	1034
1.6.5	Abfindung einer Pensionsanwartschaft .....	1036
1.7	Ertragsteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	1039
1.7.1	Grundlagen .....	1039
1.7.2	BMF-Schreiben vom 27.03.2003 .....	1040
1.8	Körperschaftsteuer in der Insolvenz .....	1046
1.8.1	Grundlagen .....	1046
1.8.2	Körperschaftsteuer als Insolvenzforderung oder als Masseverbindlichkeit .....	1046
1.8.3	Besonderer Gewinnermittlungszeitraum gemäß § 11 KStG	1050
1.8.4	Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft .....	1052
1.8.4.1	Insolvenz der Organgesellschaft .....	1052
1.8.4.2	Insolvenz des Organträgers .....	1055
1.8.4.3	Gleichzeitige Insolvenz von Organträger und Organ- gesellschaft .....	1055
2.	<i>Einkommensteuer</i> .....	1055
2.1	Grundlagen .....	1055
2.2	Steuersubjekt der Einkommensteuer .....	1056
2.3	Verluste und Verlustnutzung .....	1057
2.3.1	System der steuerlichen Berücksichtigung von Verlusten	1057
2.3.2	Einschränkungen der Verlustberücksichtigung.....	1058
2.4	Steuerliche Auswirkungen von Forderungsverzicht und Rangrücktritt .....	1059
2.4.1	Überblick .....	1059
2.4.2	Natürliche Personen – Einzelunternehmer .....	1060
2.4.2.1	Forderungsverzicht durch Drittgläubiger .....	1060
2.4.2.2	Forderungsverzicht mit Besserungsschein .....	1063
2.4.2.3	Rangrücktritt .....	1064
2.4.3	Gesellschafter von Kapitalgesellschaften.....	1066
2.4.3.1	Grundlagen .....	1066
2.4.3.2	Verlust von Gesellschafterdarlehen – altes Recht .....	1068
2.4.3.3	Verlust von Gesellschafterdarlehen – neues Recht .....	1070
2.4.3.4	Rangrücktrittserklärungen und Verzicht mit Besserungsschein .....	1072
2.4.4	Gesellschafter von Personenhandelsgesellschaften ....	1073
2.4.4.1	Steuerrechtliche Behandlung von Forderungen eines Gesellschafters gegen die Personengesellschaft – Grundsätze .....	1073
2.4.4.2	Forderungsverzicht des Gesellschafters gegenüber der Personengesellschaft .....	1075
2.4.4.3	Rangrücktritt und Besserungsschein .....	1076
2.5	Einkommensteuerliche Folgen der Insolvenzeröffnung ..	1079

2.5.1	Trennung von Insolvenzforderungen und Masse-	
	schulden .....	1079
2.5.1.1	Einkommensteuerliche Umsetzung der insolvenzrecht-	
	lichen Vermögenssphären .....	1079
2.5.1.2	Insolvenzrechtliches Begründetsein von Einkommen-	
	steuerschulden. ....	1082
2.5.1.3	Einkommensteuern als Masseverbindlichkeit .....	1083
2.5.1.4	Abgrenzung zwischen Masseverbindlichkeiten und	
	insolvenzfremem Vermögen bei Aufnahme einer	
	neuen Tätigkeit .....	1084
2.5.1.5	Einkommensteuerschulden als gewillkürte Masse-	
	verbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 4 InsO .....	1086
2.5.2	Aufteilung der Einkommensteuerschuld .....	1087
2.5.3	Einkommensteuer-Vorauszahlungen und Abschluss-	
	zahlungen. ....	1089
2.5.4	Ehegattenveranlagung .....	1090
2.5.5	Auflösung stiller Reserven .....	1092
2.5.6	Einkommensteuerfragen im Zusammenhang mit	
	Personengesellschaften. ....	1094
2.5.6.1	Insolvenz der Personengesellschaft .....	1094
2.5.6.2	Beteiligung des Insolvenzschuldners an einer Personen-	
	gesellschaft. ....	1096
2.5.6.3	Betriebsaufgabe und Betriebsveräußerung in der	
	Insolvenz .....	1097
2.5.7	Restschuldbefreiung und Sanierungsgewinne. ....	1099
3.	<i>Gewerbsteuer.</i> .....	1101
3.1	Grundlagen .....	1101
3.2	Gewerbesteuerliche Verlustvorträge und Sanierungs-	
	gewinne .....	1101
3.3	Gewerbesteuerpflicht in der Insolvenz. ....	1104
3.4	Ermittlung des Gewerbeertrages in der Insolvenz .....	1105
4.	<i>Lohnsteuer</i> .....	1106
4.1	Grundlagen .....	1106
4.2	Insolvenz des Arbeitnehmers. ....	1106
4.3	Insolvenz des Arbeitgebers .....	1107
4.4	Lohnsteuerfragen im Zusammenhang mit Insolvenz-	
	geldzahlungen. ....	1108

Teil 6

**Gesetzesübergreifende Bezüge** 1111

<b>Kapitel 1</b>	<b>Arbeits- und Sozialrecht</b> ( <i>Witt</i> ) .....	1113
1.	<i>Einführung</i> .....	1113
2.	<i>Sanierung und Kündigungsschutz</i> .....	1114
2.1	Allgemeiner Kündigungsschutz. ....	1114
2.1.1	Räumlicher Anwendungsbereich. ....	1114
2.1.1.1	Betriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern .....	1115

2.1.1.2	Betriebe mit mehr als fünf und bis zehn Arbeitnehmern . .	1115
2.1.1.3	Betriebe mit mehr als zehn Arbeitnehmern . . . . .	1116
2.1.1.4	Feststellung der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer . .	1116
2.1.2	Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	1116
2.1.3	Dringende betriebliche Gründe . . . . .	1117
2.1.3.1	Die unternehmerische Entscheidung . . . . .	1118
2.1.3.2	Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle . . . . .	1118
2.1.3.3	Unternehmerische Entscheidung: Betriebsstilllegung . . .	1120
2.1.3.4	Kündigung als letztes Mittel . . . . .	1121
2.1.3.4.1	Freier Arbeitsplatz . . . . .	1121
2.1.3.4.2	Freier gleichwertiger Arbeitsplatz . . . . .	1121
2.1.3.4.3	Freier nicht gleichwertiger Arbeitsplatz . . . . .	1122
2.1.4	Sozialauswahl . . . . .	1123
2.1.4.1	Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer . . . . .	1123
2.1.4.1.1	Arbeitnehmer in demselben Betrieb . . . . .	1123
2.1.4.1.2	Tatsächliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz . . . . .	1123
2.1.4.1.3	Rechtliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz . . . . .	1124
2.1.4.1.4	Weitere Vergleichbarkeitsmerkmale . . . . .	1124
2.1.4.2	Feststellung der sozialen Schutzbedürftigkeit . . . . .	1125
2.1.4.2.1	Betriebszugehörigkeit . . . . .	1125
2.1.4.2.2	Lebensalter . . . . .	1126
2.1.4.2.3	Unterhaltungspflichten . . . . .	1126
2.1.4.2.4	Schwerbehinderung . . . . .	1127
2.1.4.2.5	Ermittlung der Sozialdaten . . . . .	1127
2.1.4.2.6	Gewichtung der Sozialdaten . . . . .	1128
2.1.4.3	Leistungsträgerregelung . . . . .	1128
2.1.4.4	Erhaltung einer ausgewogenen Personalstruktur . . . . .	1128
2.1.4.5	Punkteschema in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung . .	1130
2.1.4.6	Punkteschema des Arbeitgebers . . . . .	1131
2.1.4.7	Fehlerhafte Sozialauswahl bei Verwendung eines Punkteschemas . . . . .	1131
2.1.5	Kündigung aufgrund Interessenausgleichs mit Namensliste . . . . .	1132
2.1.5.1	Betriebsänderung . . . . .	1132
2.1.5.2	Namensliste . . . . .	1133
2.1.5.3	Vermutung: Betriebsbedingter Grund . . . . .	1133
2.1.5.4	Herabsetzung des Prüfungsmaßstabes der Sozialauswahl . .	1135
2.1.5.5	Wesentliche Sachlagenänderung . . . . .	1136
2.1.5.6	Interessenausgleich mit Namensliste und Betriebs- ratsanhörung . . . . .	1136
2.2	Besonderer Kündigungsschutz . . . . .	1137
2.2.1	Arbeitnehmervertreter . . . . .	1137
2.2.2	Schwerbehinderte Menschen . . . . .	1138
2.2.3	Elternzeit . . . . .	1140
2.2.4	Mutterschutz . . . . .	1140
2.3	Kündigungsform . . . . .	1141



2.4	Kündigungsbegründung . . . . .	1141
2.5	Kündigung durch Vertreter . . . . .	1142
2.6	Kündigungszugang . . . . .	1143
2.7	Kündigungsfristen . . . . .	1144
2.7.1	Grundkündigungsfrist . . . . .	1144
2.7.2	Verlängerung der Grundkündigungsfrist . . . . .	1145
2.7.3	Abweichung durch Tarifvertrag . . . . .	1145
2.8	Massenentlassungsanzeige . . . . .	1145
2.8.1	Voraussetzung . . . . .	1145
2.8.2	Beteiligung des Betriebsrates . . . . .	1146
2.8.3	Inhalt der Anzeige . . . . .	1146
2.8.4	Folgen einer unterlassenen oder unwirksamen Anzeige . . . . .	1147
2.8.5	Folgen einer wirksamen Massenentlassungsanzeige . . . . .	1147
2.9	Wirksamkeit einer Kündigung und Kündigungs- schutzklage . . . . .	1147
3.	<i>Sanierung und Mitbestimmung des Betriebsrates.</i> . . . . .	1149
3.1	Betriebsratsanhörung vor Kündigung . . . . .	1149
3.1.1	Form und Umfang . . . . .	1149
3.1.2	Fristbeginn und Fristende . . . . .	1151
3.2	Interessenausgleich . . . . .	1152
3.2.1	Unternehmensgröße . . . . .	1152
3.2.2	Rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates . . . . .	1152
3.2.3	Gang der Verhandlungen . . . . .	1153
3.2.4	Gegenstand eines Interessenausgleiches . . . . .	1154
3.2.5	Mitbestimmungspflichtige Betriebsänderungen . . . . .	1154
3.2.5.1	Einschränkung und Stilllegung des Betriebes oder von Betriebsteilen . . . . .	1154
3.2.5.1.1	Betriebsstilllegung . . . . .	1154
3.2.5.1.2	Betriebseinschränkung . . . . .	1155
3.2.5.2	Verlegung des Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen . . . . .	1155
3.2.5.3	Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder Betriebsspaltung . . . . .	1156
3.2.5.4	Grundlegende Änderungen von Betriebsorganisation, Betriebszweck oder Betriebsanlagen . . . . .	1156
3.2.5.5	Neue Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren . . . . .	1157
3.2.6	Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht . . . . .	1157
3.2.6.1	Nachteilsausgleich . . . . .	1157
3.2.6.2	Ordnungswidrigkeit . . . . .	1157
3.2.6.3	Unterlassung der Betriebsänderung . . . . .	1157
3.3	Sozialplan . . . . .	1157
3.3.1	Ausnahmen von der Erzwingbarkeit . . . . .	1158
3.3.2	Gegenstand eines Sozialplans . . . . .	1159
3.3.2.1	Abfindungsregelungen . . . . .	1160
3.3.2.1.1	Betriebszugehörigkeit . . . . .	1160
3.3.2.1.2	Bruttomonatsverdienst . . . . .	1160
3.3.2.1.3	Weitere soziale Gesichtspunkte . . . . .	1161
3.3.2.2	Transfersozialpläne . . . . .	1161

4.	<i>Sanierung und Betriebsübergang</i> . . . . .	1161
4.1	Betriebsübertragung durch Rechtsgeschäft . . . . .	1161
4.2	Übergang der Arbeitsverhältnisse . . . . .	1162
4.3	Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen . . . . .	1162
4.4	Haftung von altem und neuem Inhaber . . . . .	1163
4.5	Kündigungsverbot . . . . .	1164
4.6	Umgehungsverbot . . . . .	1164
4.7	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht . . . . .	1165
4.7.1	Unterrichtungspflicht . . . . .	1165
4.7.1.1	Zeitpunkt des Betriebsüberganges . . . . .	1165
4.7.1.2	Grund des Überganges . . . . .	1165
4.7.1.3	Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Folgen des Überganges . . . . .	1166
4.7.1.4	Maßnahmen für Arbeitnehmer . . . . .	1166
4.7.1.5	Person des neuen Inhabers . . . . .	1167
4.7.2	Widerspruchsrecht . . . . .	1167
4.7.3	Vorliegen eines Betriebs- und Betriebsteilübergangs . . . . .	1168
4.7.3.1	Art des betreffenden Unternehmens oder Betriebes . . . . .	1168
4.7.3.2	Etwaiger Übergang der materiellen Betriebsmittel . . . . .	1169
4.7.3.3	Wert der immateriellen Aktiva im Zeitpunkt des Übergangs . . . . .	1169
4.7.3.4	Übernahme von Arbeitnehmern . . . . .	1169
4.7.3.5	Übergang der Kundschaft . . . . .	1170
4.7.3.6	Grad der Ähnlichkeit der Tätigkeiten vor und nach dem Übergang . . . . .	1170
4.7.3.7	Dauer einer eventuellen Unterbrechung der Tätigkeit . . . . .	1170
4.7.3.8	Weitere Merkmale . . . . .	1171
4.8	Transfergesellschaft als Sanierungselement . . . . .	1171
4.8.1	Transfergesellschaft statt Kündigung . . . . .	1171
4.8.2	Transfergesellschaft und Betriebsübergang . . . . .	1172
5.	<i>Sanierung und die besonderen arbeitsrechtlichen Regelungen in der Insolvenz</i> . . . . .	1174
5.1	Geltungsbereich . . . . .	1174
5.2	Insolvenzeröffnung als Kündigungsgrund . . . . .	1174
5.3	Kündigungsfrist und Unkündbarkeit . . . . .	1174
5.3.1	Abkürzung der Kündigungsfristen . . . . .	1174
5.3.2	Aufhebung einer Unkündbarkeit . . . . .	1175
5.3.3	Anwendungsbereich . . . . .	1176
5.3.4	Schadensersatzanspruch des Gekündigten . . . . .	1176
5.4	Wettbewerbsverbote . . . . .	1177
5.5	Betriebsverfassungsrecht in der Insolvenz . . . . .	1177
5.5.1	Interessenausgleich . . . . .	1177
5.5.2	Nachteilsausgleich . . . . .	1178
5.5.3	Straffung des Interessenausgleichsverfahrens . . . . .	1178
5.5.3.1	Verkürzung des Verhandlungsweges . . . . .	1178
5.5.3.2	Zustimmung zur Betriebsänderung durch das Arbeitsgericht . . . . .	1179

5.5.3.2.1	Sinn des § 122 InsO .....	1179
5.5.3.2.2	Unterrichtung des Betriebsrates .....	1180
5.5.3.2.3	Die Drei-Wochen-Frist .....	1180
5.5.3.2.4	Anrufung des Arbeitsgerichts .....	1181
5.5.3.2.5	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit .....	1181
5.5.3.2.6	Abwägung der gegenseitigen Interessen .....	1181
5.5.4	Sozialplan in der Insolvenz .....	1182
5.5.4.1	Absolute Obergrenze .....	1182
5.5.4.2	Relative Obergrenze .....	1182
5.5.4.3	Sozialplanforderungen als Masseverbindlichkeit .....	1183
5.5.4.4	Verbot von Leistungsklage und Zwangsvollstreckung ...	1183
5.5.4.5	Widerruf insolvenznaher Sozialpläne .....	1183
5.5.4.6	Widerruf insolvenzferner Sozialpläne und anderer Betriebsvereinbarungen .....	1184
5.6	Massenkündigung im Insolvenzverfahren .....	1185
5.6.1	Interessenausgleich mit Namensliste .....	1186
5.6.1.1	Betriebsänderung .....	1186
5.6.1.2	Vermutung: Betriebsbedingter Grund .....	1186
5.6.1.3	Herabsetzung des Überprüfungsmaßstabes und Einschränkung der Überprüfung der Sozialauswahl ....	1186
5.6.1.4	Spätere Änderung der Sachlage .....	1187
5.6.1.5	Spätere Änderung der Sachlage und Wiedereinstellungs- anspruch .....	1188
5.6.1.6	Vermutung: Keine Kündigung wegen Betriebsübergang .	1188
5.6.2	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz .....	1189
5.6.2.1	Betriebsänderung .....	1189
5.6.2.2	Betriebe mit Betriebsrat .....	1190
5.6.2.3	Betriebe ohne Betriebsrat .....	1190
5.6.2.4	Verfahren vor dem Arbeitsgericht .....	1190
5.6.2.4.1	Zuständigkeit und Beteiligte .....	1190
5.6.2.4.2	Feststellungen des Arbeitsgerichtes .....	1191
5.6.2.4.3	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit .....	1191
5.6.2.5	Keine Betriebsratsanhörung vor Verfahrenseinleitung ...	1192
5.6.2.6	Kündigung und Beschlussverfahren .....	1192
5.6.2.7	Bindungswirkung der Entscheidung des Arbeitsgerichtes .	1193
5.7	Betriebsveräußerung in der Insolvenz .....	1193
5.7.1	Anwendung des § 613a BGB .....	1193
5.7.1.1	Keine Haftung des Erwerbers für Insolvenzforderungen. .	1194
5.7.1.2	Personalabbau durch Sanierungskonzept .....	1195
6.	<i>Sozialrecht in der Insolvenz</i> .....	1195
6.1	Insolvenzgeld .....	1195
6.2	Anspruchsberechtigte Personen .....	1196
6.2.1	Arbeitnehmer .....	1196
6.2.2	GmbH-Geschäftsführer .....	1196
6.2.3	Vorstand einer Aktiengesellschaft .....	1197
6.3	Inlandsbeschäftigung .....	1197
6.4	Insolvenzereignis .....	1197
6.4.1	Insolvenz des Arbeitgebers .....	1197

6.4.2	Insolvenzereignisse . . . . .	1197
6.4.2.1	Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . . .	1198
6.4.2.2	Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse . . . . .	1198
6.4.2.3	Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzverfahren . . . . .	1198
6.4.2.3.1	Einstellung der Betriebstätigkeit . . . . .	1198
6.4.2.3.2	Kein Insolvenzantrag . . . . .	1198
6.4.2.3.3	Offensichtliche Masselosigkeit . . . . .	1199
6.4.3	Insolvenzgeldzeitraum . . . . .	1199
6.4.4	Arbeitsentgelt . . . . .	1200
6.4.5	Antragsfrist . . . . .	1201
6.5	Anspruchsausschluss . . . . .	1201
6.5.1	Arbeitsentgeltansprüche wegen oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses . . . . .	1201
6.5.2	Angefochtene und anfechtbar erworbene Arbeits- entgeltansprüche . . . . .	1202
6.5.3	Leistungsverweigerungsrecht des Insolvenzverwalters . . . . .	1202
6.6	Höhe des Insolvenzgeldes . . . . .	1202
6.7	Vorschuss auf das Insolvenzgeld . . . . .	1202
6.8	Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes zur Aufrecht- erhaltung des Geschäftsbetriebes . . . . .	1203
<b>Kapitel 2</b>	<b>Gesellschaftsrecht (Amberger)</b> . . . . .	1204
1.	Einleitung . . . . .	1204
2.	Insolvenzfähigkeit . . . . .	1204
2.1	Allgemeines . . . . .	1204
2.2	Juristische Personen . . . . .	1205
2.2.1	GmbH . . . . .	1205
2.2.2	AG . . . . .	1205
2.2.3	KGaA . . . . .	1206
2.2.4	Eingetragene Genossenschaft . . . . .	1206
2.2.5	Rechtsfähiger Verein . . . . .	1206
2.2.6	Rechtsfähige Stiftung . . . . .	1206
2.3	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit . . . . .	1207
2.3.1	OHG . . . . .	1207
2.3.2	KG . . . . .	1207
2.3.3	Partnerschaftsgesellschaft (mbH) . . . . .	1208
2.3.4	GbR . . . . .	1208
2.3.5	Partenreederei . . . . .	1209
2.3.6	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung . . . . .	1209
2.3.7	GmbH & Co. KG . . . . .	1210
2.3.8	Nicht rechtsfähiger Verein . . . . .	1210
2.3.9	Ausländische Kapitalgesellschaften . . . . .	1210
2.3.10	Konzern . . . . .	1210
2.4	Entstehen . . . . .	1212
2.4.1	Entstehen von Personengesellschaften . . . . .	1212
2.4.2	Entstehen juristischer Personen . . . . .	1212
2.4.2.1	Vorgründungsgesellschaft . . . . .	1213

2.4.2.2	Vor-Gesellschaft. ....	1213
2.5	Auflösung. ....	1214
2.6	Ende der Insolvenzfähigkeit. ....	1215
3.	<i>Insolvenzantragsrecht und Insolvenzantragspflicht. ....</i>	1215
3.1	Antragsrecht. ....	1215
3.2	Antragspflicht. ....	1216
4.	<i>Einfluss des Insolvenzverfahrens auf die interne Organisation der Gesellschaft. ....</i>	1216
4.1	Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Verwalter (§ 80 InsO). ....	1217
4.2	Konsequenzen der Insolvenzeröffnung für den Rechtsträger. ....	1217
4.2.1	Auflösung der Gesellschaft. ....	1217
4.2.2	Beendigung der Rechtsfähigkeit. ....	1217
4.2.3	Sonderfall GmbH & Co. KG. ....	1217
4.3	Einfluss auf die Gesellschafter und Organe. ....	1218
4.4	Finanzverfassung. ....	1219
4.5	Besonderheiten bei börsennotierter Aktiengesellschaft. .	1219
5.	<i>Gesellschaftsrechtsspezifische Ansprüche – Insolvenzmasse. ....</i>	1220
5.1	Kapitalaufbringung. ....	1220
5.1.1	Kapitalaufbringung bei der GmbH (§§ 19ff., 5ff. GmbHG)	1221
5.1.1.1	Stammkapital. ....	1221
5.1.1.2	Mindesteinlage (§ 7 Abs. 2 GmbHG). ....	1222
5.1.1.3	Leistung der Einlage. ....	1222
5.1.1.4	Versicherung des Geschäftsführers (§§ 8 Abs. 2, 7 Abs. 2 GmbHG). ....	1224
5.1.1.5	Voreinzahlung. ....	1224
5.1.1.6	Sachgründung (§§ 7 Abs. 3, 5 Abs. 4 GmbHG). ....	1225
5.1.1.6.1	Sacheinlage. ....	1225
5.1.1.6.2	Sachübernahme. ....	1226
5.1.1.7	Sacheinlage, verdeckte. ....	1226
5.1.1.7.1	Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage. ....	1226
5.1.1.7.2	Rechtsfolgen. ....	1227
5.1.1.7.2.1	Rechtsfolgen vor Inkrafttreten des MoMiG bzw. für die Unternehmergesellschaft. ....	1228
5.1.1.7.2.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG (§ 19 Abs. 4 GmbHG). ....	1229
5.1.1.7.2.3	Scheitern der Eintragung. ....	1232
5.1.1.7.2.4	Haftung des Steuerberaters bei Fehlberatung. ....	1232
5.1.1.8	Hin- und Herzahlen (§ 19 Abs. 5 GmbHG). ....	1232
5.1.1.8.1	Vorliegen eines Hin- und Herzahlens. ....	1233
5.1.1.8.2	Gleichgestellte Dritte. ....	1234
5.1.1.8.3	Rechtsfolge. ....	1234
5.1.1.8.3.1	Sonderfall § 19 Abs. 5 GmbHG. ....	1234
5.1.1.8.3.2	Regelfall ohne Eingreifen von § 19 Abs. 5 GmbHG/ Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG. ....	1236

5.1.1.9	Cash-Pool .....	1236
5.1.1.10	Kapitalerhöhung .....	1237
5.1.1.11	Vorratsgesellschaft/Mantelkauf .....	1239
5.1.1.12	Verjährung/Verzinsung des Anspruchs auf die Einlageleistung .....	1241
5.1.1.12.1	Verjährung .....	1241
5.1.1.12.2	Verzinsung (§ 20 GmbHG) .....	1242
5.1.1.13	Folgen der Nichteinzahlung/Kaduzierung (§§ 21 ff. GmbHG) .....	1242
5.1.1.13.1	Kaduzierung des Gesellschaftsanteils (§ 21 GmbHG) ...	1242
5.1.1.13.1.1	Säumnis des Gesellschafters (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1242
5.1.1.13.1.2	Androhung der Kaduzierung (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1243
5.1.1.13.1.3	§ 21 Abs. 1 Satz 2 GmbHG .....	1243
5.1.1.13.1.4	§ 21 Abs. 1 Satz 3 GmbHG .....	1243
5.1.1.13.1.5	Erklärung des Ausschlusses (§ 21 Abs. 2 GmbHG) .....	1243
5.1.1.13.1.6	Folgen der Kaduzierung .....	1243
5.1.1.13.2	Inanspruchnahme der Rechtsvorgänger (§ 22 GmbHG) ..	1244
5.1.1.13.3	Verwertung des Anteils (§ 23 GmbHG) .....	1244
5.1.1.13.4	Haftung des Ausgeschlossenen (§ 21 Abs. 3 GmbHG) ..	1244
5.1.1.13.5	Ausfallhaftung der Mitgesellschafter (§ 24 Satz 1 GmbHG)	1245
5.1.1.13.6	Keine Befreiung von den Rechtsfolgen der §§ 21 ff. GmbHG, § 25 GmbHG .....	1245
5.1.1.14	Weitere Ansprüche im Zusammenhang mit der Einlageforderung .....	1245
5.1.2	Kapitalaufbringung bei der UG (§§ 19 ff., 5a ff. GmbHG)	1246
5.1.3	Kapitalaufbringung bei der AG (§§ 7 ff., 27 ff., 36a AktG)	1247
5.1.3.1	Grundkapital .....	1247
5.1.3.2	Sacheinlagen/Sachübernahmen .....	1247
5.1.3.3	Sacheinlage, verdeckte .....	1248
5.1.3.4	Hin- und Herzahlen .....	1248
5.1.3.5	Mindestkapital .....	1249
5.1.3.6	Inhalt der Anmeldung .....	1249
5.1.3.7	Kapitalerhöhung .....	1250
5.2	Kapitalerhaltung .....	1251
5.2.1	Kapitalerhaltung nach Eintragung der GmbH .....	1251
5.2.1.1	Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG) .....	1251
5.2.1.1.1	Unterbilanz .....	1250
5.2.1.1.2	Überschuldung .....	1252
5.2.1.1.3	Bedeutung der Gegenleistung .....	1252
5.2.1.1.4	Auszahlung .....	1253
5.2.1.1.5	Leistung an den Gesellschafter .....	1253
5.2.1.1.6	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag .....	1253
5.2.1.1.7	Ausnahme Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen, § 30 Abs. 1 Satz 3 GmbHG n.F. – Änderungen durch das MoMiG .....	1253
5.2.1.1.8	Beweislast .....	1254
5.2.1.2	Erstattungsanspruch (§ 31 GmbHG) .....	1254
5.2.1.2.1	Auszahlungsverbot (§ 30 Abs. 1 GmbHG) .....	1254

5.2.1.2.2	Erstattungspflicht (§ 31 Abs. 1 GmbHG) .....	1254
5.2.1.2.3	Anspruch der Gesellschaft .....	1255
5.2.1.2.4	Gutgläubigkeit (§ 31 Abs. 2 GmbHG) .....	1255
5.2.1.2.5	Sonderfälle .....	1256
5.2.1.2.6	Verjährung – 10 Jahre ab Auszahlung (§ 31 Abs. 5 GmbHG) .....	1256
5.2.1.2.7	Sonstiges .....	1256
5.2.1.2.8	Haftung der Mitgesellschafter subsidiär (§ 31 Abs. 3 GmbHG) .....	1257
5.2.1.2.9	Ansprüche gegen den Geschäftsführer .....	1257
5.2.1.3	Steuerliche Konsequenzen .....	1257
5.2.1.4	Eigenkapitalersatz (§§ 32a ff. GmbHG a.F.) .....	1257
5.2.1.4.1	Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG .....	1258
5.2.1.4.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG .....	1260
5.2.1.4.2.1	Kleingesellschafterprivileg .....	1261
5.2.1.4.2.2	Sanierungsgesellschafter .....	1261
5.2.1.4.2.3	Stehenlassen von Darlehen/Neugesellschafter/ ausgeschiedener Gesellschafter .....	1261
5.2.1.4.2.4	Abtretung des Darlehens .....	1262
5.2.1.4.2.5	Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung quasi abgeschaft. ....	1262
5.2.1.4.2.6	Rechtsfolgen. ....	1263
5.2.1.4.2.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten ..	1263
5.2.1.4.2.8	Eigenkapitalersatz von Geschäftsführergehältern .....	1264
5.2.2	Kapitalerhaltung bei der GmbH & Co. KG .....	1264
5.2.3	Kapitalerhaltung bei der AG .....	1265
5.2.3.1	Einleitung .....	1265
5.2.3.2	Verbot der Einlagenrückgewähr (§ 57 AktG) .....	1265
5.2.3.2.1	Tatbestand .....	1265
5.2.3.2.2	Anspruchsgegner. ....	1266
5.2.3.2.3	Beweislast. ....	1266
5.2.3.2.4	Erstattungspflicht. ....	1266
5.2.3.3	Haftung des Vorstands und des Aufsichtsrates .....	1266
5.3	Handelndenhaftung bei Gründung der Gesellschaft ....	1266
5.3.1	Handelndenhaftung bei Gründung der Gesellschaft ....	1266
5.3.1.1	Einleitung .....	1266
5.3.1.2	Vorgründungsgesellschaft .....	1267
5.3.1.3	Vor-GmbH .....	1268
5.3.1.4	Haftung des Geschäftsführers gemäß § 11 Abs. 2 GmbHG bei Handeln für die spätere GmbH oder Vor-GmbH ....	1268
5.3.1.4.1	Handelnder .....	1268
5.3.1.4.2	Im Namen der Gesellschaft .....	1268
5.3.1.4.3	Geltendmachung in der Insolvenz .....	1268
5.3.1.4.4	Ende des Anspruchs .....	1268
5.3.1.4.5	Ersatzansprüche des organschaftlichen Vertreters .....	1269
5.3.1.5	Gründerhaftung – Ansprüche der Gesellschaft aus Innenhaftung .....	1269

5.3.1.5.1	Vorbelastungshaftung analog §§ 9, 19 GmbHG – Kapitalaufbringung .....	1270
5.3.1.5.1.1	Eintragung ins Handelsregister .....	1270
5.3.1.5.1.2	Anwendbarkeit von §§ 19ff. GmbHG .....	1270
5.3.1.5.1.3	Haftungsumfang .....	1271
5.3.1.5.1.4	Beweislast .....	1271
5.3.1.5.1.5	Verjährung .....	1271
5.3.1.5.1.6	Geschäftsführerhaftung .....	1272
5.3.1.5.1.7	Vor-Aktiengesellschaft .....	1272
5.3.1.5.2	Verlustdeckungshaftung bei Nichteintragung der GmbH .....	1272
5.3.1.5.2.1	Vermögenslosigkeit der Vor-GmbH .....	1272
5.3.1.5.2.2	Fehlender Geschäftsführer/nur ein Gläubiger .....	1272
5.3.1.5.2.3	Einpersonen-Vor-GmbH .....	1273
5.3.1.5.3	Aufgabe der Gründungsabsicht .....	1273
5.3.1.5.4	Auswirkungen des MoMiG auf die Vor-GmbH .....	1273
5.3.1.6	Haftung der Gründungsgesellschafter gegenüber Gläubigern im Außenverhältnis .....	1274
5.3.1.7	Haftung des organschaftlichen Vertreters nach § 64 Satz 1 GmbHG. ....	1274
5.3.2	Haftung bei Gründung einer Aktiengesellschaft (§ 46 AktG) .....	1274
5.3.2.1	Verantwortlichkeit für die Richtigkeit und Vollständig- keit der Angaben (§ 46 Abs. 1 Satz 1 AktG) .....	1274
5.3.2.2	Verantwortlichkeit für die Eignung der das Geld ent- gegen nehmenden Stelle (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 1. Hs. AktG)	1275
5.3.2.3	Verantwortlichkeit für die freie Verfügbarkeit der Einlagen (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 2. Hs. AktG) .....	1275
5.3.2.4	Haftung für die Einlagen, Sachübernahmen und Gründungsaufwand (§ 46 Abs. 2 AktG) .....	1275
5.3.2.5	Haftung für Mitgesellschafter (§ 46 Abs. 4 AktG) .....	1275
5.3.2.6	Haftungsausschluss (§ 46 Abs. 3 AktG) .....	1275
5.3.2.7	Haftung der tatsächlich an der Gesellschaft wirtschaftlich Beteiligten (§ 46 Abs. 5 AktG) .....	1275
5.3.2.8	Haftung Dritter (§ 47 AktG) .....	1275
5.3.2.9	Haftung des Vorstands und des Aufsichtsrates (§ 48 AktG) .....	1276
5.3.2.10	Haftung der Gründungsprüfer (§ 49 AktG) .....	1276
5.3.2.11	Verjährung (§ 51 AktG) .....	1276
5.4	Existenzvernichtungshaftung (§ 826 BGB) .....	1276
5.4.1	Voraussetzungen .....	1277
5.4.1.1	Eingriff .....	1277
5.4.1.2	Existenzvernichtend .....	1278
5.4.1.3	Zumindest Eventualvorsatz .....	1278
5.4.1.4	Anspruchsgegner .....	1278
5.4.1.5	Umfang des Anspruchs .....	1279
5.4.1.6	Verjährung/Zinsen .....	1279
5.4.1.7	Geltendmachung durch den Insolvenzverwalter .....	1279



5.4.2	Fälle .....	1279
5.4.3	Gleichzeitige Verletzung von § 266 Abs. 1 StGB (Untreue) .....	1280
5.4.4	Bildung von Rückstellungen .....	1280
5.5	Innenhaftung des Geschäftsführers .....	1280
5.5.1	Innenhaftung des Geschäftsführers (§ 43 GmbHG) .....	1280
5.5.1.1	Sorgfaltsmaßstab .....	1280
5.5.1.2	Weisungsgebundenheit (§ 37 Abs. 1 GmbHG) .....	1282
5.5.1.3	Weisungsunabhängige Haftung .....	1282
5.5.1.4	Entlastung/Vergleich .....	1282
5.5.1.5	Mehrere Geschäftsführer/Delegation .....	1282
5.5.1.6	Beweislast .....	1283
5.5.1.7	Verjährung .....	1283
5.5.2	Haftung des Geschäftsführers nach § 64 Satz 1 GmbHG/ § 130a Abs. 2 HGB .....	1284
5.5.2.1	Einleitung .....	1284
5.5.2.1.1	Anspruchsinhaber .....	1285
5.5.2.1.2	Anspruchsgegner .....	1286
5.5.2.2	Insolvenzreife .....	1286
5.5.2.3	Kenntnis von der Insolvenzreife .....	1287
5.5.2.4	Zahlungen .....	1287
5.5.2.4.1	Zahlung von einem Bankkonto .....	1289
5.5.2.4.2	Zahlung auf ein Bankkonto .....	1289
5.5.2.5	Sorgfaltspflichtverletzung, privilegierte Zahlungen und Pflichtenkollision .....	1290
5.5.2.5.1	Austauschgeschäfte zu marktgerechten Preisen .....	1290
5.5.2.5.2	Privilegierte Zahlungen .....	1291
5.5.2.5.3	Pflichtenkollision .....	1291
5.5.2.6	Zahlungen an Gesellschafter nach § 64 Satz 3 GmbHG ..	1292
5.5.2.7	Verschulden .....	1292
5.5.2.8	Rechtsfolge/Umfang des Ersatzanspruchs .....	1294
5.5.2.9	Verjährung .....	1294
5.5.3	Haftung des Vorstands einer AG wegen Sorgfaltspflicht- verletzung (§ 93 AktG) .....	1294
5.5.4	Haftung des Vorstands einer AG wegen Zahlungen nach Insolvenzreife (§ 93 Abs. 2 Satz 1 AktG) .....	1295
5.5.5	Haftung des Aufsichtsrats einer AG .....	1295
5.5.6	Exkurs: Inanspruchnahme des Steuerberaters .....	1295
5.5.7	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. sonstigen Schutzgesetzen .....	1296
5.6	Außenhaftung des Geschäftsführers .....	1296
5.6.1	Haftung wegen Insolvenzverschleppung (§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 15a InsO) .....	1296
5.6.1.1	Antragsgegner .....	1297
5.6.1.2	Insolvenzreife .....	1297
5.6.1.3	Unterlassener Insolvenzantrag .....	1297
5.6.1.4	Verschulden .....	1297
5.6.1.5	Anspruchsinhaber .....	1298

5.6.1.6	Schaden . . . . .	1298
5.6.1.6.1	Neugläubiger. . . . .	1298
5.6.1.6.2	Altgläubiger. . . . .	1299
5.6.2	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 sowie einem Schutzgesetz (StGB). . . . .	1298
5.6.3	Haftung nach § 826 BGB . . . . .	1299
6.	<i>Folgen für die Gesellschaft nach Beendigung der Insolvenz. . . . .</i>	1300
<b>Kapitel 3</b>	<b>Strafrecht und Strafverfahrensrecht (Martini) . . . . .</b>	1301
1.	<i>Vorbemerkung. . . . .</i>	1301
2.	<i>Strafrecht Allgemeiner Teil . . . . .</i>	1302
2.1	Grundlagen der Strafbarkeit . . . . .	1302
2.1.1	Handlung . . . . .	1302
2.1.2	Gesetzlichkeitsprinzip. . . . .	1303
2.1.3	Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	1304
2.1.4	Rückwirkungs- und Analogieverbot. . . . .	1304
2.1.5	Täterschaft und Teilnahme . . . . .	1305
2.1.6	Vorsatz, Fahrlässigkeit und Schuld. . . . .	1307
2.2	Rechtsfolgen der Tat. . . . .	1307
2.2.1	Strafen . . . . .	1307
2.2.2	Maßregeln . . . . .	1309
2.2.3	Nebenfolgen . . . . .	1309
3.	<i>Grundfragen des Strafverfahrensrechts . . . . .</i>	1309
3.1	Quellen des Strafverfahrensrechts . . . . .	1310
3.2	Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen . . . . .	1310
3.3	Abschluss strafrechtlicher Ermittlungen. . . . .	1310
3.4	Ergebnis strafrechtlicher Ermittlungen. . . . .	1311
3.5	Besondere Verfahrensarten . . . . .	1311
3.5.1	Strafbefehlsverfahren (§§ 407 ff. StPO) . . . . .	1311
3.5.2	Beschleunigtes Verfahren (§§ 417 ff. StPO) . . . . .	1312
3.6	Rechtsbehelfe . . . . .	1312
3.7	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Straf- verfahren . . . . .	1313
4.	<i>Ausgewählte Straftatbestände . . . . .</i>	1313
4.1	Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4, 5 InsO) . . . . .	1313
4.1.1	Allgemeines. . . . .	1313
4.1.2	Täterkreis. . . . .	1314
4.1.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1315
4.1.4	Subjektiver Tatbestand. . . . .	1316
4.1.5	Rechtswidrigkeit und Schuld. . . . .	1317
4.1.6	Täterschaft und Teilnahme . . . . .	1317
4.2	Bankrott (§§ 283 ff. StGB). . . . .	1317
4.2.1	Allgemeines. . . . .	1317
4.2.2	Täterkreis. . . . .	1318
4.2.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1318

4.2.3.1	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB (Unterdrückung von Vermögensbestandteilen) . . . . .	1318
4.2.3.2	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB (Risikogeschäfte und unwirtschaftliche Ausgaben) . . . . .	1319
4.2.3.3	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB (Verschleuderung). . . . .	1320
4.2.3.4	§ 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB (Vortäuschung oder Anerkennung erdichteter Rechte) . . . . .	1321
4.2.3.5	§ 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB (Verstoß gegen die Buchführungspflicht) . . . . .	1321
4.2.3.6	§ 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB (Unterdrückung von Handelsbüchern) . . . . .	1321
4.2.3.7	§ 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB (Verstoß gegen Bilanzierungs- oder Inventarisierungspflicht) . . . . .	1322
4.2.3.8	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB (Auffangtatbestand) . . . . .	1322
4.2.3.9	§ 283 Abs. 2 StGB (Herbeiführung von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung) . . . . .	1322
4.2.3.10	Wahlfeststellung . . . . .	1322
4.2.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1323
4.2.5	Besonders schwerer Fall des Bankrotts . . . . .	1323
4.3	Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB) . . . .	1323
4.4	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB) . . . . .	1324
4.4.1	Allgemeines . . . . .	1324
4.4.2	Täterkreis . . . . .	1324
4.4.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1324
4.4.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1325
4.4.5	Täterschaft und Teilnahme. . . . .	1325
4.5	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB). . . . .	1325
4.5.1	Allgemeines . . . . .	1325
4.5.2	Täterkreis . . . . .	1325
4.5.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1325
4.5.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1326
4.5.5	Besonders schwerer Fall der Schuldnerbegünstigung . .	1326
4.6	Betrug (§ 263 StGB) . . . . .	1326
4.6.1	Allgemeines . . . . .	1326
4.6.2	Täterkreis . . . . .	1327
4.6.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1327
4.6.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1329
4.6.5	Besonders schwerer Fall des Betrugs . . . . .	1329
4.7	Kreditbetrug (§ 265b StGB) . . . . .	1329
4.7.1	Allgemeines . . . . .	1329
4.7.2	Täterkreis . . . . .	1330
4.7.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1330
4.7.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1330
4.7.5	Täterschaft und Teilnahme. . . . .	1331
4.8	Untreue (§ 266 StGB) . . . . .	1331
4.8.1	Allgemeines . . . . .	1331
4.8.2	Objektiver Tatbestand . . . . .	1331
4.8.2.1	Missbrauchstatbestand . . . . .	1332

4.8.2.2	Treuebruchtatbestand . . . . .	1332
4.8.3	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1333
4.8.4	Täterschaft und Teilnahme . . . . .	1333
4.8.5	Besonders schwerer Fall der Untreue . . . . .	1333
4.9	Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB) . . . . .	1333
4.9.1	Allgemeines . . . . .	1333
4.9.2	Täterkreis . . . . .	1334
4.9.3	Objektiver Tatbestand . . . . .	1334
4.9.3.1	Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen (§ 266a Abs. 1 StGB) . . . . .	1334
4.9.3.2	Vorenthalten von Arbeitgeberbeiträgen (§ 266a Abs. 2 StGB) . . . . .	1335
4.9.3.3	Einbehalten sonstiger Lohnbestandteile (§ 266a Abs. 3 StGB) . . . . .	1335
4.9.4	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1335
4.9.5	Täterschaft und Teilnahme . . . . .	1335
4.9.6	Besonders schwerer Fall . . . . .	1336
4.9.7	Strafausschließung . . . . .	1336
4.10	Pfandkehr (§ 289 StGB) . . . . .	1336
4.11	Verstrickungsbruch (§ 136 Abs. 1 StGB) . . . . .	1336
4.12	Falsche Versicherung an Eides statt (§ 156 StGB) . . . . .	1337
4.13	Steuerhinterziehung (§ 370 AO) . . . . .	1337
4.13.1	Allgemeines . . . . .	1337
4.13.2	Objektiver Tatbestand . . . . .	1338
4.13.3	Subjektiver Tatbestand . . . . .	1339
4.13.4	Besonders schwerer Fall . . . . .	1339
4.13.5	Selbstanzeige . . . . .	1339
4.14	Weitere Straftatbestände . . . . .	1339
5.	<i>Strafrechtliche Risiken von Verfahrensbeteiligten.</i> . . . .	1340
5.1	Allgemeines . . . . .	1340
5.2	Insolvenzverwalter . . . . .	1340
5.2.1	Allgemeine Schädigungsverbote . . . . .	1340
5.2.2	Spezifische insolvenzrechtliche Pflichten . . . . .	1341
5.2.3	Weitere strafrechtliche Risiken . . . . .	1341
5.3	Kreditinstitute . . . . .	1341
5.4	Sanierungs- und Steuerberater . . . . .	1342
5.5	Firmenbestatter . . . . .	1342

## Teil 7

### Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten

(Schmid)

1343

1.	<i>Vorbemerkung und Abgrenzung.</i> . . . . .	1345
2.	<i>Das Steuerberatungsmandat im Vorfeld der Krise</i> . . . . .	1345
2.1	Pflichten des Steuerberaters vs. berufsrechtliche Grenzen	1345
2.1.1	Auftragstypen und potenzielle Anspruchsgrundlagen . . .	1345

2.1.2	Rechtliche Zulässigkeit der insolvenznahen Tätigkeiten des Steuerberaters . . . . .	1347
2.1.3	Besonderheiten beim Voll- oder Dauermandat . . . . .	1349
2.1.4	Spezialmandat Sanierungsberatung und Prüfung von Insolvenzantragsgründen . . . . .	1353
2.2	Honorarvereinbarung und Honorarsicherung . . . . .	1355
2.2.1	Honorarvereinbarung . . . . .	1355
2.2.2	Honorarsicherung . . . . .	1356
3.	<i>Das Steuerberatermandat nach eingetretener Insolvenz</i> .	1360
3.1	Einführung . . . . .	1360
3.2	Mandatsbeendigung . . . . .	1360
3.3	Mandaterteilung durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1361
3.4	Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters . . . . .	1363
3.5	Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters im eröffneten Insolvenzverfahren . . . . .	1364

Teil 8  
**Sonderaspekte** 1367

<b>Kapitel 1</b>	<b>Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren</b> <i>(Kallies)</i> . . . . .	1369
1.	<i>Einleitung</i> . . . . .	1369
2.	<i>Rechtsmacht zum Verkauf</i> . . . . .	1373
2.1	Verkauf durch den Insolvenzverwalter . . . . .	1373
2.2	Verkauf durch den vorläufigen Insolvenzverwalter (Sequester) . . . . .	1374
2.3	Verkauf im Rahmen von Verbraucherinsolvenzverfahren .	1375
2.4	Eigenverwaltung . . . . .	1376
2.5	Auswirkungen des § 160 InsO . . . . .	1376
2.6	Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungsverfahren	1378
3.	<i>Angaben zum Kaufgegenstand und seiner Beschaffenheit</i>	1378
4.	<i>Kaufpreis und Umsatzsteuer</i> . . . . .	1379
5.	<i>Kaufpreisfälligkeitsvoraussetzungen</i> . . . . .	1380
5.1	Vertragswirksamkeit . . . . .	1381
5.2	Eigentumsvormerkung und § 878 BGB . . . . .	1381
5.3	Vorkaufsrechte . . . . .	1383
5.4	Heimfall nach ErbbauRG . . . . .	1384
5.5	Sicherung der Lastenfreiheit im Grundbuch . . . . .	1385
5.6	Genehmigungen und Zustimmungserfordernisse . . . . .	1385
6.	<i>Abstimmungen mit Grundpfandgläubigern beim Verkauf</i>	1386
6.1	Aus dem Kaufpreis ablösbare Belastungen . . . . .	1386
6.2	Den Kaufpreis übersteigende Belastungen, Massebeteiligung, Haftungsfreistellung . . . . .	1387
6.2.1	Massebeteiligung . . . . .	1387
6.2.2	Haftungsfreistellung . . . . .	1387
6.3	Anspruch auf Löschung nachrangiger Grundpfandrechte	1388

7.	<i>Haftung für Rechts- und Sachmängel</i> .....	1389
7.1	Abgrenzung zu Beschaffenheitsangaben .....	1389
7.2	Verbraucher oder Unternehmer im Sinne des Gesetzes ..	1389
7.3	Keine Privilegierung bei Haftungsausschlüssen .....	1390
7.4	Keine Zurechnung von Gemeinschaftsdnerwissen .....	1391
7.5	Haftung für öffentliche Lasten .....	1391
7.6	Haftung der Insolvenzmasse und des Verwalters .....	1391
8.	<i>Regelungen zur Übergabe des Kaufgegenstandes</i> .....	1393
8.1	Harmonisierung mit Aufhebung der Zwangsverwaltung ..	1393
8.2	Übergang von Miet- und Pachtverträgen .....	1394
8.3	Sonderkündigungsrechte .....	1394
8.4	Überleitung von Mietsicherheiten .....	1394
8.5	Wohngeldrückstände .....	1396
9.	<i>Vollmachten in Kaufverträgen</i> .....	1398
<b>Kapitel 2</b>	<b>Die internationale Zuständigkeit (Stark)</b> .....	1399
1.	<i>Einführung und Abgrenzung</i> .....	1399
2.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union</i> .....	1401
2.1	Anwendungsbereiche .....	1401
2.1.1	Zeitlicher Anwendungsbereich .....	1401
2.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich .....	1401
2.1.2.1	Bestimmung in Art. 1 Abs. 1 EuInsVO .....	1401
2.1.2.2	Abgrenzung zwischen Annexverfahren und allgemeinem Zivilverfahren .....	1402
2.1.2.3	Insbesondere Anfechtungsprozesse .....	1403
2.1.3	Persönlicher Anwendungsbereich .....	1403
2.1.4	Räumlicher Anwendungsbereich .....	1404
2.2	Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 EuInsVO – Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen (COMI) vor der EuInsVO .....	1406
2.2.1	Rechtsprechung nationaler Gerichte .....	1407
2.2.1.1	Mind-of-Management-Theorie .....	1407
2.2.1.2	Business-Activity-Theorie .....	1407
2.2.2	Rechtsprechung des EuGH .....	1408
2.2.3	Stellungnahme .....	1412
2.3	Ortsveränderung des COMI oder unzulässiges „forum shopping“? .....	1415
2.4	Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 EuInsVO nach der Reform .....	1419
2.5	Konzerninsolvenzrecht und Reform .....	1420
2.5.1	Rahmen für eine Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Konzerninsolvenzen .....	1421
2.5.2	Einleitungsverfahren .....	1422
2.5.3	Anordnung des Koordinationsverfahrens .....	1422
2.5.4	Der Koordinator .....	1423
2.5.5	Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan .....	1423

2.6	Bindungswirkung, Art. 16 EuInsVO .....	1424
2.6.1	Grundsätze .....	1424
2.6.2	„Eröffnung eines Insolvenzverfahrens“ im Sinne von Art. 16 EuInsVO .....	1425
2.6.3	Wirkung der Anerkennung .....	1426
2.7	Territorialinsolvenzverfahren (Sekundär- und Partikular- insolvenzverfahren) .....	1426
3.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union</i> .....	1429
3.1	Anwendungsbereich .....	1429
3.2	Mittelpunkt der selbstständigen Tätigkeit, § 3 Abs. 1 Satz 2 InsO .....	1429
3.3	Bindungswirkung, § 343 InsO .....	1431
3.4	Einstellung des Geschäftsbetriebes im Zuge der Antragstellung .....	1431
3.5	Konzerninsolvenzrecht – Der Regierungsentwurf vom 30. 01. 2014 .....	1431
4.	<i>UNCITRAL-Model Law on Cross-Border Insolvency</i> .....	1432
<b>Kapitel 3</b>	<b>Konzerninsolvenzrecht (<i>Rattunde</i>)</b> .....	1433
1.	<i>Aktuelle Situation</i> .....	1433
2.	<i>Regelungen des Gesetzesentwurfs zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen</i> .....	1434
2.1	Gruppen-Gerichtsstand .....	1435
2.2	Einheitliche Verwalterbestellung .....	1436
2.3	Kooperationsrechte und -pflichten .....	1436
2.4	Koordinationsverfahren .....	1437
3.	<i>Bewertung dieser Regelungen</i> .....	1438
3.1	Gruppen-Gerichtsstand .....	1438
3.2	Einheitliche Verwalterbestellung .....	1438
3.3	Koordinationsrechte und -pflichten .....	1440
3.4	Koordinationsverfahren .....	1440
4.	<i>Europa und Ausblick</i> .....	1440

## Teil 9

<b>Der Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DSfV e.V.) – berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte (<i>Pestke/Michel</i>)</b>		1443
1.	<i>Einführung</i> .....	1445
2.	<i>Besondere Ausgestaltung des Fachberaters</i> .....	1447
3.	<i>Einsatzgebiete des Fachberaters</i> .....	1448
3.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung .....	1448
3.2	Risikomanagement-Beratung .....	1449
3.3	Krisenberatung .....	1449
3.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung .....	1450

3.5	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der insolvenzrechtlichen Sanierung . . . . .	1451
3.5.1	Insolvenzeröffnungsverfahren . . . . .	1451
3.5.2	Insolvenzverfahren . . . . .	1452
3.5.3	Aufgaben des Insolvenzverwalters allgemein . . . . .	1452
3.6	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der Abwicklung. . . . .	1453
3.7	Mitwirkung in Gläubigerausschüssen . . . . .	1454
4.	<i>Berufsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1454
4.1	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem StBerG . . . . .	1454
4.1.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung . . . . .	1454
4.1.2	Risikomanagement-Beratung. . . . .	1454
4.1.3	Krisenberatung . . . . .	1454
4.1.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung . . . . .	1454
4.1.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung . . . . .	1454
4.1.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung. . . . .	1454
4.2	Vergütung der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten. . . . .	1454
4.2.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung . . . . .	1454
4.2.2	Risikomanagement-Beratung. . . . .	1455
4.2.3	Krisenberatung . . . . .	1455
4.2.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung . . . . .	1455
4.2.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung . . . . .	1456
4.2.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung. . . . .	1456
4.3	Werbemöglichkeiten für die vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten . . . . .	1457
4.4	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem RDG . . . . .	1457
4.4.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung . . . . .	1457
4.4.2	Risikomanagement-Beratung. . . . .	1457
4.4.3	Krisenberatung . . . . .	1458
4.4.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung . . . . .	1458
4.4.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung . . . . .	1460
4.4.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung. . . . .	1460
4.5	Sicherung des Vergütungsanspruchs . . . . .	1460
5.	<i>Haftungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i> . . . . .	1461
5.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung . . . . .	1461
5.2	Risikomanagement-Beratung. . . . .	1462
5.3	Krisenberatung . . . . .	1462
5.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung . . . . .	1462
5.5	Tätigkeit als Insolvenzverwalter . . . . .	1463
5.5.1	Zivilrechtliche Haftung. . . . .	1463
5.5.2	Haftung nach Steuerrecht . . . . .	1463
5.6	Haftungsverschärfung bei Fachberatern für Sanierung und Insolvenzberatung in den vorgenannten Gebieten? . . . . .	1464
6.	<i>Versicherungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i> . . . . .	1464



6.1	Versicherungsschutz für vereinbare Tätigkeiten allgemein . . . . .	1464
6.2	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung . . . . .	1465
6.3	Risikomanagement-Beratung . . . . .	1465
6.4	Krisenberatung . . . . .	1465
6.5	Außergerichtliche Sanierungsberatung . . . . .	1465
6.6	Tätigkeit als Insolvenzverwalter . . . . .	1466
7.	<i>Tätigkeit des Fachberaters in Gläubigerausschüssen</i> . . . . .	1467
7.1	Allgemein . . . . .	1467
7.2	Vereinbare Tätigkeit . . . . .	1468
7.3	Vergütungsmodalitäten . . . . .	1468
7.4	Frage der Rechtsberatung . . . . .	1469
7.5	Haftungsrisiken . . . . .	1469
7.6	Versicherungsschutz . . . . .	1469
8.	<i>Tätigkeit des Fachberaters als Insolvenzverwalter</i> . . . . .	1470
8.1	Rechtsgrundlagen der Bestellung zum Insolvenz- verwalter . . . . .	1470
8.2	Aufnahme des Fachberaters in Vorauswahllisten . . . . .	1471
8.3	Auswahl des Fachberaters als Insolvenzverwalter durch das Insolvenzgericht . . . . .	1472
8.4	Auswahl des Fachberaters durch den vorläufigen Gläubigerausschuss . . . . .	1473
8.5	Weitere Einsatzmöglichkeiten . . . . .	1473
9.	<i>Fazit</i> . . . . .	1476

Teil 10

**Bescheinigung gemäß § 270 Abs. 1 Satz 3 InsO  
(Schutzschirmbescheinigung)**

(Reinhardt)

1479

1.	<i>Gesetzliche Grundlage und Einordnung des sog. Schutz- schirmantrages</i> . . . . .	1481
2.	<i>Aussteller der Bescheinigung nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO</i> . . . . .	1482
2.1	Berufsträgerkonzept . . . . .	1482
2.2	Allgemeines Sachkundekonzept . . . . .	1485
3.	<i>Inhalt der Bescheinigung</i> . . . . .	1486
3.1	Aussage zur Insolvenzreife des Schuldners . . . . .	1486
3.2	Aussage zur Sanierungsfähigkeit . . . . .	1487
3.3	Notwendigkeit zur Einholung von Informationen bei wesentlichen Gläubiger . . . . .	1492
4.	<i>Form der Bescheinigung nach § 270b Abs. 1 Satz 1 InsO</i> . . . . .	1494
5.	<i>Haftung des Bescheinigers nach § 270b Abs. 1 Satz 3 InsO</i> . . . . .	1497
5.1	Anspruch aus Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers . . . . .	1498

5.2	Anspruch aus Vertrag wegen fehlerhafter Bescheinigung .....	1498
5.3	Anspruch auf Schadensersatz wegen fehlgeschlagener Sanierung .....	1499
5.4	Ansprüche der Gläubiger aus vertragsähnlichem Schuldverhältnis gegen den Bescheiniger .....	1500
5.5	Anspruch aus unerlaubter Handlung i. V. mit einem Schutzgesetz .....	1501
5.6	Anspruch aus vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung ..	1501
5.7	Anspruch anderer Verfahrensbeteiligter gegen den Bescheiniger .....	1502
	Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2 .....	1503
	Literaturverzeichnis .....	1513
	Stichwortverzeichnis .....	1527